

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Arbeitgeber-Verbände: Lieber Krawatten als Frauen. Seite 9



Der Covid-Winter wird hart

Neue Varianten, alte Massnahmen. Kommt das gut? Seite 5

Der Bau-Winter wird heiss

So wollen die Búezer den bockigen Meistern Beine machen. Seite 13

Der AHV-Winter wird heftig

Neue rechte Angriffe auf unsere Renten: Was wirklich dahintersteckt. Seiten 10–11

Ausgebrannt

In der Schweiz ist Burnout unterdessen die häufigste arbeitsbedingte Erkrankung. Wie Sie sich schützen können. Der grosse Ratgeber. Seiten 16–17

Smood streikt!

So läuft der grösste **aktuelle Arbeitskampf** im Land: **die Stimmen, die Reportage, die Hintergründe.** Seiten 2–4



Krank. Frankreich-Korrespondent Oliver Fahrni musste ins Spital. Und erlebte den Neoliberalismus am eigenen Leib. Die Reportage aus Marseille. Seite 7



VIVE LES SMOODEURS!

Das Zürcher Luxushotel Baur au Lac ist zwar noch kein Take-away. Doch letzte Woche bot es seiner Klientel ein «Thanksgiving@Home» an. Schon ab 340 Franken gab es einen saftigen Truthahn, ofengeschmort vom Sternekoch, dazu glasierte Marroni, Rotkraut und Cranberry-Jus. Für einen kleinen Aufpreis war auch Champagner zu haben oder der passende Rote. Alles frei Haus. Bis in die gute Stube geliefert. Aber nicht vom Hotelportier. Auch nicht von einem dieser internationalen Kurier-

Das ist die schöne neue Welt der «Gig-Economy»! Das einstige Genfer Start-up hat sich schliess-

lich in wenigen Jahren zu einem smarten, landesweit tätigen KMU gemausert. Und der Jungspund-CEO und Multimillionär Marc Aeschlimann hat noch lange nicht genug. Marktleader will er werden! Solcher Tatendrang begeistert gewisse Kreise. Beinahe hat man den Mann zum «Unternehmer des Jahres» gekürt.

DIVERS. Doch dann machten die «Smooodeurs», die Fahrerinnen und Fahrer des Lieferdienstes, nicht mehr mit. Sie, die so unterschiedliche Hintergründe haben: Leute in ihren Zwanzigern, die ihr Studium finanzieren müssen, prekäre Grenzgänger aus Frankreich, junge Arbeiter mit migrantischen Wurzeln, aber auch Mittvierziger und ältere, für die der Stellenmarkt wenig Alternativen bietet. Sie alle streiken. Weil sie nonstop auf Achse sein müssen und trotzdem nicht leben können von ihrem Lohn. Viele haben mir ihre Geschichte erzählt (diese Seite und Seite 3). Niemand von ihnen hat bei Smood jemals über 3000 Franken verdient. Die meisten tragen monatlich nur 1500 bis 2500 Franken heim. Hinzu kommt das ständige Wettrennen um knappe Schichten. Die Verkettung mit einer Kontroll-App, die aus Arbeitskollegen gnadenlose Konkurrenten macht. Es sei wie in «Hunger Games»-Filmen, sagt Smood-Kurierin Anna Victoria (21): «Alle gegen alle.»

FRÜHINDUSTRIELL. Plattformarbeit nennt man diese Arbeit, die jedes Privatleben raubt. Das Phänomen wächst rasant und global. Laut Expertinnen werden bald eine halbe Milliarde Menschen allein mit online ergatteten Kleinaufträgen über die Runden kommen müssen – die schöne neue Welt der «Gig-Economy»! Uralt sind dagegen ihre Ausbeutungsmethoden. Arbeit auf Abruf, Stücklohn oder Subunternehmertum sind seit der Frühindustrialisierung bekannt. Und über die App kontrolliert der Tech-Manager seine Fahrer wie einst der Industrielle seine Fließbandarbeiterinnen. Diese sahen sich wenigstens noch. Die modernen Kuriere hingegen sind allein unterwegs. Isoliert und vereinsamt. Sie kennen sich nicht einmal.

EPIZENTRUM. Doch die streikenden Smood-Leute haben's geschafft! Vive les smooodeurs! Noch nie zuvor hat ein solcher Streik die Schweizer Delivery-Branche erfasst. Anderswo geht schon längst die Post ab. Die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung zählte in den letzten drei Jahren 527 Proteste und Streiks in 36 Ländern. Wobei Europa das Epizentrum ist. Auch hierzulande kann die Bewegung jederzeit wachsen. Schon brodel't bei Divoora im Tessin. Und der weihnächtliche Konsumrausch steht erst noch bevor!

Smood-Chef Marc Aeschlimann, 37
Einst gefeiert, jetzt abgetaucht

Schon seit einem Monat sind die «Smooodeurs» im Streik. Doch CEO Marc Aeschlimann steckte lange Zeit den Kopf in den Sand. Wer ist der Mann?

Zum «Unternehmer des Jahres 2021» hat's ihm nicht gereicht. Doch die Jury der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young liess den Smood-Gründer immerhin ins Finale kommen. Marc Aeschlimann beschreite nämlich «neue Wege des Handels und der Gastronomie», die «unschätzbar wertvoll» seien. Gefeiert wurde der Genfer auch vom Wirtschafts magazin «Bilanz». Aeschlimann sei ein «Start-up-Gründer auf der Überholspur» und «bereit für rasantes Wachstum». Schon jetzt verfüge der Smood-Chef über ein Vermögen von bis zu 200 Millionen Franken und rangiere damit auf Platz 4 der reichsten Schweizer unter 40 Jahren. Dies, obwohl Smood noch nicht profitabel sei. Woher sein Vermögen stattdessen stammt, verrät Aeschlimann nicht. Mehrfache Interviewanfragen von work liess er unbeantwortet.

SPRACHLOS. Überhaupt scheint ihm der Streik die Sprache verschlagen zu haben. Seit dieser ausgebrochen ist, hat sich der Newcomer nicht mehr öffentlich geäussert. Mehrere Mitarbeitende sagen, ihn länger nicht gesehen zu haben. Ob er sich nach Zug zurückgezogen hat? Oder an die Côte d'Azur? Vom Steuerparadies aus gründete Aeschlimann einst Smood. Und im noblen Nizza hatte er studiert, bevor er nach Genf zurückkehrte respektive ins



MARC AESCHLIMANN: NR. 4 der reichsten Schweizer unter 40 Jahren. FOTO: LUNDI3

Villenviertel der Grenzgemeinde Cranves-Sales (F), wo das elterliche Anwesen samt Pool und ein Karriere-start bei Rolex warteten.

STILL. work hätte vom Senkrechstarter gerne auch erfahren, was er von den Google-Bewertungen seiner Kundschaft halte. Die allermeisten Kommentare zu Smood sind nämlich, gelinde gesagt, «suboptimal» – und dies nicht erst seit dem Streik. Erklärungsbedürftig wäre auch sein Verständnis einer «verantwortungsbewussten und karitativen Online-

«Ich bin fähig, während mehrerer Tage nicht zu sprechen.»

SMOOD-GRÜNDER MARC AESCHLIMANN

Shopping-Erfahrung». Das nämlich bietet gemäss Eigenwerbung die Firma Cherrycheckout, in deren Beirat Aeschlimann sitzt und deren älteste Kundin Smood heisst. Und was ist mit der Apety GmbH los? Diese von Studenten gegründete App-Entwicklungsfirma hat Aeschlimann 2018 gekauft. Doch im letzten Oktober stieg er schon wieder aus. Seither scheint das einst bejubelte Start-up am Boden. Völlig überraschend kommt all das nicht. Etwas vom Letzten, was Aeschlimann öffentlich von sich gab, war dieser Satz: «Ich habe so viele Ideen, dass es mir schwerfällt, mit dem normalen Tempo der Dinge Schritt zu halten.» Und schon im Promovideo zum «Unternehmer des Jahres» warnte der Smood-Chef: «Ich bin fähig, während mehrerer Tage nicht zu sprechen!» (jok)



MUTIG UND AUSDAUERND: Smood-Streikende aus der ganzen Romandie in Genf. FOTO: UNIA

Smood-Streik: Über 12 000 unterzeichnen Petition!
«Sind wir keine Menschen?»

Smood-Fahrerinnen und -Fahrer aus der ganzen Romandie trafen sich zu ihrer ersten Grossaktion. work war dabei und erlebte viel Courage und zwei unsichtbare Chefs.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS: UNIA

Zuerst sieht es am Genfer Plainpalais-Platz wie eine gewöhnliche Standaktion aus. Ein Pavillon, darunter Tische mit Snacks und Flyern. Doch an diesem Dienstag, dem 23. November, steht noch einiges mehr auf dem Programm. Schliesslich ist beim Lieferdienst Smood vor genau drei Wochen ein Streik ausgebrochen. Und zwar einer, der sich von Yverdon VD her rasend aus-

breitete – auf 10 weitere Städte in den Kantonen Wallis, Waadt, Neuenburg, Freiburg und Genf. Doch Smood-CEO und Multimillionär Marc Aeschlimann (siehe Text links) weigerte sich lange, mit der Belegschaft zu verhandeln. Auch die Migros Genf stiehlt sich aus der Verantwortung, obwohl sie als Smood-Grossaktionärin und strategische Partnerin entscheidendes Gewicht hat. Deshalb steigt nun die erste gemeinsame Aktion der vereinigten Streikkollektive.

PHÄNOMENAL

Und da strömen sie herbei, die «Smooodeurs», alle in ihrer Arbeitskluft, einer schwarzen Outdoorjacke mit weiss-pinkem Logo und Schweizerkreuz am Ärmel. Ein grosses Hallo, Umarmungen, Sprüche, Küsse. Fahrer Zaccharie Bede erklärt: «Der Streik hat uns zusammen-geschweisst!» Auch viele Medienvertreterinnen und -vertreter sind nun einge-

troffen, dazu solidarische Unterstützer der Gewerkschaft Syndicom.

Dann ergreift Roman Künzler das Wort, Unia-Branchenleiter Transport und Logistik. Er ruft in Richtung Streikende: «Was ihr vollbracht habt, ist phänomenal! Ihr seid täglich auf der Strasse, habt Tausende über eure Situation aufgeklärt und schon über 12 000 Menschen überzeugt.» Tatsächlich haben in bloss zwei Wochen 12 247 Personen die Petition «Smood, hör zu!» unterzeichnet. Sichtlich beeindruckt zeigt sich auch Pierre-Yves Maillard, SP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Er sagt: «Eure Branche will euch atomisieren, ja isolieren. Jeder für sich mit seiner App. Als ob ihr nur Verlängerungen der Maschine wärt. Ihr aber, ihr habt Menschlichkeit, Solidarität und Freundschaft erschaffen. Das ist extraordinär!» Auch Unia-Chefin Vania Alleva ist voll des Lobes: «So viel Mut, so

viel Energie und dann diese Dynamik – eine solche Bewegung habe ich noch fast nie gesehen!» Aussergewöhnlich findet Alleva allerdings auch die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer. «Derartige Zustände dürfen niemals toleriert werden – erst



«Eine solche Bewegung habe ich noch fast nie gesehen!»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

recht nicht in der reichen Schweiz.» Applaus von der Menge, aus der nun Farès Doudouhi hervortritt.

Seine Equipe feuert ihn an wie einen Star. Doudouhi hat in der Tat Exklusives. Er ist der einzige Auslieferer,

der seit seinem ersten Arbeitstag akribisch Buch geführt hat. Sämtliche seiner geleisteten Stunden, der gefahrenen Kilometer und getätigten Ausgaben für Benzin, Fahrzeug und Handy hat der 22-jährige berechnet. Resultat: 5 bis 7 Franken beträgt sein effektiver Stundenlohn nach allen Abzügen. Doudouhi also greift sich das Mikrofon und schmettert los: «Wo sind unsere Löhne? Wo unsere Trinkgelder? Ja sind wir denn keine Menschen?» Und dann: «Ich kann euch versichern: Wir gehen bis zum Ziel, wir werden wirklich weitermachen, bis wir gewonnen haben, bis wir menschliche Bedingungen haben!» Tosender Applaus im Publikum. Jubel bei den Streikenden. Und an der Strassenkreuzung ein kleines Hupkonzert. Beinahe kommt Partystimmung auf. Doch die Smooodeurs haben weitere Pläne.

Fortsetzung auf Seite 4

Streik: Weiter geht's!

Vier Wochen lang machte der Lieferdienst Smood auf Totalverweigerung – und bestritt sogar die Existenz des Streiks. Es handle sich um «inszenierte Events der Unia», die die Fahrerinnen und Fahrer mit Geld «aufreize». Doch die Tatsachen liessen sich nicht lange leugnen. Nun hat das Unternehmen erstmals eine Gewerkschaftsdelegation empfangen. Unia-Logistiksekretär Roman Künzler: «Wir führen Gespräche, doch Smood weigert sich, eine Vereinbarung abzuschliessen.» Dies, obwohl die Streikenden konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet hätten. Das Komitee der Fahrerinnen und Fahrer beschloss daher die Weiterführung des Streiks. In der Deutschschweiz fanden erste Belegschaftsversammlungen statt. (jok)

Diese fünf Fahrerinnen und Fahrer von Smood streiken, und

«Uns macht das Schicht

App-Wahnsinn, Abzockerei und manipulative Spielchen – Smood scheint

«Privatleben, adieu!»

Ramzi Hadjadj, 22, Crassier VD

«Ich fahre zwar für Smood, bin aber seit bald zwei Jahren beim Subunternehmer Simple Pay angestellt. In dieser Zeit habe ich manchmal richtig gelitten – und sehr viel geopoert. Meine Familie sah ich wochenlang nicht. Dabei wohnen wir zusammen! Auch fürs Boxtraining habe ich kaum noch Zeit. Privatleben, adieu!



VERSCHWUNDENE STUNDEN.

Eine andere Stelle fand ich nicht, obwohl ich ein Handelsdiplom habe und Berufserfahrung bei der Migros. Für mich heisst es also immer noch: Liefern, liefern, liefern! 3000 Franken habe ich einmal nach Hause getragen. So viel wie noch nie. Doch in jenem Monat war ich 240 Stunden unterwegs, auf der Lohnabrechnung standen aber nur 150 Stunden! Jetzt bin ich Delegierter des Streikkollektivs von Nyon. Jeden Abend stehen wir am Streikposten, und jeden zweiten Tag treffe ich die Fahrerinnen und Fahrer der anderen Orte. Zusammen diskutieren wir die neuesten Ereignisse und entwickeln Strategien. Abends bin ich jeweils ziemlich erledigt, doch das ist eine Müdigkeit, die sich gut anfühlt. Denn wir kämpfen für eine gerechte Sache.» (jok)

«1000 km pro Woche!»

Hadir Mansouri*, 40, Eysins VD

Eigentlich bin ich Pizzaiolo, doch als Corona kam, gab mein damaliger Chef auf. Also wurde ich Fahrer. Zu Beginn kam ich auf knapp 3000 Franken im Monat. Jetzt hat sich mein Lohn fast halbiert!



LEER. Ein weiteres Problem: Die App gibt uns keine Möglichkeit, die Abrechnung zu überwachen. Es ist daher wichtig, selbst Buch zu führen. Ich zum Beispiel mache wöchentlich 1000 Kilometer mit dem eigenen Auto. Allein das Benzin dafür kostet mich 120 Franken. Die Fahrspesen, die wir erhalten, decken das nie und nimmer! Dann die Trinkgelder: Smood hat ein System eingeführt, bei dem der Kunde per App ein Trinkgeld geben kann. Die App zeigt uns aber nicht, ob wir überhaupt einen Zustupf erhalten. Sämtliche Trinkgelder kommen in einen virtuellen Topf und werden am Monatsende auf die einzelnen Fahrer verteilt. Einmal bin ich aber komplett leer ausgegangen. Ich habe dann meinen Vorgesetzten angerufen, und der sagte mir: «Für die Schnellen gibt's mehr, für die Langsamen weniger.» (jok)

* Name geändert

«Um 4 Uhr aufstehen»

Zaccharie Bede, 22, Coppet VD

Ich bin Multimedia-Elektroniker mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis. Bei Smood habe ich angefangen, während ich die Berufsmatur nachholte. Zuerst lief es nicht schlecht. Doch jetzt haben sie dieses Schichtsystem eingeführt. Da musst du um vier Uhr morgens aufstehen und dich in die App einloggen, bloss, um eine Arbeitsschicht zu ergatten. Wobei: Jetzt haben sie das schon wieder geändert. Neuerdings öffnet das Buchungsfenster erst um 9 Uhr. Ein direkter Erfolg unseres Streiks!



ALLEINE. Übrigens: Wir Fahrer haben uns erst mit dem Protest richtig kennengelernt. Vorher waren wir immer alleine. Der Streik hat uns zusammen-geschweisst. Wir sind jetzt ein richtiges Team! (jok)

«Schon mein zweiter Streik»

Fabrice Plaschy, 52, Lancy GE

Die Genfer Bevölkerung ist sehr solidarisch mit uns. Es wird jetzt auch deutlich weniger bestellt bei Smood. Gerade heute morgen hat mir ein nicht streikender Kollege erzählt, er habe während einer ganzen Schicht nur einen einzigen Blumenstrauß ausgeliefert. Mit diesem Job verdiene ich 2300 bis 2400 Franken. Mit dem neuen Schichtsystem aber 25 Prozent weniger. Denn wenn du eine Schicht buchen willst, ist sie oft schon vergeben.



NACHTEILE. Und noch etwas hat sich verschlechtert: Früher konnten wir uns von zu Hause aus ins System einloggen. Heute müssen wir dafür extra in die Stadt fahren. Dahinter steckt, dass viele Fahrer in Frankreich wohnen. Die haben sich manchmal zu früh eingeloggt und waren nicht rechtzeitig beim Kunden. Aber jetzt hat Smood ein System eingeführt, das für alle Nachteile bringt. Niemand bezahlt mir das Benzin und die Zeit, die ich brauche, um in die Innenstadt zur Anmeldung zu fahren. Anderen geht's noch schlechter. Seit zwei Wochen schläft ein Kollege bei mir auf dem Sofa, weil er seine Wohnung nicht mehr bezahlen kann. Übrigens: Schon vor zwei Jahren haben wir hier gestreikt. Über Eats war damals frisch nach Genf vorgedrungen. Und die hatten eine tiefere Kilometervergütung als wir. Smood hat reagiert und unsere Spesen einfach auf das Niveau der Konkurrenz herabgesetzt. Wegen unseres Streiks haben sie das rückgängig gemacht, aber leider nur vorübergehend.» (jok)

«Wie bei «Hunger Games»!»

Anna Victoria, 21, Yverdon-les-Bains VD

Auf meiner September-Lohnabrechnung fehlten 10 Arbeitsstunden. Ich habe den Manager angerufen. Der meinte, ich müsse mir meine Sorgen machen. Das würde im nächsten Monat nachbezahlt. Ich wartete vergeblich. Sie haben mir sogar erneut Stunden abgezogen – diesmal 17! Bei uns gibt es Kollegen, denen fehlen 50 Stunden.



ALLE GEGEN ALLE. Für mich ist es wenigstens nur ein Zwischenjob. Ich bin gelernte Automaterin und studiere jetzt Ingenieurin. Aber trotzdem müssen sie mich korrekt bezahlen. Ich habe schliesslich auch Auslagen – für das Auto, das Essen. Und ein Leben habe ich auch noch! Bevor das Schichtsystem kam, lief es mir sehr gut. Jetzt aber haben wir immer Angst. Wir arbeiten sieben Tage die Woche. Und ständig kleben wir an unseren Handys. Weil wir es uns nicht leisten können, ein Schichtangebot zu verpassen. Ständig bin ich unter Stress, sogar während meiner Vorlesungen. Es ist jetzt wie in den «Hunger Games»-Filmen: Alle gegen alle, das Schichtsystem verwandelt uns zu gnadenlosen Konkurrenten. Aber da machen wir nicht mit! (jok)

«Sind wir keine Menschen?»

Fortsetzung von Seite 3

Im Reiseкар geht’s nach Plan-les-Ouates GE, wo zwischen Niederlassungen von Rolex, Patek Philippe und Ralph Lauren der Hauptsitz von Smood steht. Dort haben sich die Streikenden vorgängig angemeldet und erklärt, die Petition überreichen und mit dem Management in Austausch treten zu wollen. Die Chefs aber lassen sich nicht blicken und schicken stattdessen zwei Bürogehilfen hinaus. Kaum haben sie die Petition in den Händen, huschen sie wortlos davon. Andere Mitarbeitende zeigen sich hingegen solidarisch, und winken den streikenden Fahrerinnen und Fahrern heimlich zu.

MIGROS: KOMPLIZIN!

Noch kälter ist der Empfang am Hauptsitz der Migros Genf. Dort haben die Streikenden verlangt, dass eine Delegation angehört werde. Doch die Genossenschaft hat ihr Firmenareal vorgängig komplett verriegeln lassen. Es ist schliesslich ein Sicherheitsbeauftragter, der kurz vor die Absperrung tritt und die Petition entgegennimmt. Erst trauen die Streikenden ihren Augen nicht. Dann machen sie ihrem Ärger Luft – mit lauten Parolen wie «Smood: Ausbeuter! Migros: Komplizin!» oder mit «Smood, jetzt bist du geliefert, die Arbeiter sind auf der Strasse!»

Zurück in Genf, hellt sich die Stimmung wieder auf. Auf die Chefs sei halt einfach kein Verlass, betont ein älterer Fahrer. Doch auch etwas Schönes habe der Tag gezeigt: «Wir Streikende aus allen Kantonen sind jetzt ein Team!»

Deutschland: Gorillas-«Rider» steigen auf die Velo-Barrikade Keine Angst vor den Gorillas

Ausstehende Löhne, grundlose Entlassungen: Mit Streiks und Velo-Aktionen wehren sich die Berliner Mitarbeitenden des Lieferdienstes Gorillas gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen.

DANIEL BEHRUZI, BERLIN

Alles begann im Februar 2021. Trotz Schneesturm und vereisten Strassen sollten Velokuriere die bestellten Waren blitzschnell ausliefern. Der Berliner Lieferdienst Gorillas hat zum Konzept, Supermarktprodukte binnen zehn Minuten an die Haustüren zu liefern. Die Ansage des Managements an jenem eisigen Tag: «Wenn ihr nicht fahren wollt, dann lauft doch!» Die Beschäftigten reagierten mit einem spontanen Streik. Es war das erste Aufflackern. Nach der unangekündigten Entlassung eines Kollegen Anfang Juni folgte die nächste Arbeitsniederlegung. Die «Rider» türmten am Eingang eines Warenlagers Dutzende Velos auf, um Streikbrecher zu verhindern und den Betrieb komplett lahmzulegen. Seither kommt das schnell expandierende Unternehmen nicht mehr zur Ruhe – und nicht aus den Schlagzeilen.

ERSTER ERFOLG

Die Mitarbeitenden wollten einen Betriebsrat gründen, doch das Gorillas-Management warf ihnen Knüppel zwischen die Pedale. Mitte November verkündete Gorillas die Einführung eines sogenannten Franchise-Modells, mit dem die innerstädtischen Warenlager zu eigenständigen Unterneh-



GORILLAS IM STREIK: Velo-Kurierinnen und -Kuriere fordern vom deutschen Lieferdienst Gorillas mehr Lohn. Und sie haben jetzt endlich einen Betriebsrat. FOTO: GETTY

menseinheiten erklärt werden. Gorillas betreibt so eine systematische Vereinzelung der Arbeitnehmenden. Offenbar sollte die bereits eingeleitete Betriebsratswahl auf diesem Weg gestoppt werden. Das hat nicht geklappt, denn die Arbeitsgerichte lehnten eine einstweilige Verfügung ab. So konnte die Betriebsratswahl wie geplant Ende November stattfinden – ein erster Erfolg der Beschäftigten, auch wenn Gorillas die Wahl in einem regulären Verfahren noch anfechten kann.

Mit Repression reagiert das Unternehmen auch darauf, dass Fahrerinnen und Fahrer immer wieder spontan die Arbeit niederlegen, um gegen verspätete oder ausbleibende Lohnzahlungen und andere Missstände zu protestieren. Im Oktober

wurden Hunderte Beschäftigte wegen der Teilnahme an «illegalen Streiks» entlassen. Das Argument: In Deutschland dürften nur Gewerkschaften im Rahmen von Tarifaufeinandersetzun-

«So einen beschissenen Job wie bei Gorillas finde ich schnell wieder.»

GORILLAS-KURIER JAKOB POMERANZEV

gen zum Streik aufrufen. Der Arbeitsrechtler Benedikt Hopmann hält dem entgegen, dass das Grundrecht auf Streik laut europäischer Sozialcharta auch ein individuelles Recht darstelle und Arbeitsniederlegungen durch «Ad-hoc-Koalitionen» organisiert werden könnten. Die Konflikte bei Gorillas

könnten also auch zur Weiterentwicklung des eingeschränkten Streikrechts in Deutschland beitragen.

Vor allem aber sind sie ein Beispiel dafür, dass sich auch Mitarbeitende in vermeintlichen Gewerkschaftswüsten zusammenschliessen können.

NETZWERKE

Der Soziologe Heiner Heiland von der Uni Darmstadt forscht zu Online-Liefersdiensten. Er sagt: «Die Arbeitskämpfe bei Gorillas zeigen: Auch in von prekären Bedingungen

und Niedriglöhnen geprägten Branchen ist gewerkschaftliche Organisation möglich.» Allerdings gebe es bei Gorillas in Berlin auch besondere Bedingungen, die kollektive Aktionen erleichtern. Anders als bei manch anderen Liefersdiensten treffen sich die «Rider» regelmässig in den Warenlagern und verbringen dort manchmal auch längere Zeit zusammen. «Durch können sie sich über Missstände austauschen, Kontakte knüpfen und Netzwerke aufbauen», so der Wissenschaftler. Hilfreich seien auch das grossstädtische Milieu und die Möglichkeit, alternative Jobs zu finden. Jakob Pomeranzev, einer der Initiatoren der Betriebsratswahl, bringt das auf den Punkt: «So einen beschissenen Job wie bei Gorillas finde ich schnell wieder.»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Ökologischer Umbau: Die deutschen Grünen fahren unseren Rotgrünen um die Ohren

Die neue deutsche Regierung legt mit ihrem Koalitionsvertrag im Umweltschutz mehr als einen Zacken zu. Hier die wichtigsten Punkte. Und die Schweiz? Sie will mehrere Hundert Milliarden Franken unnütz für einen Schneckentempo-Umbau hinlegen.

Ohne Herkunft keine Zukunft. Wir kennen mit Vorteil unsere Geschichte, um sie fortschreiben zu können. Die Schweiz war lange Zeit in Sachen Umweltschutz Europa-meisterin. Das hat sich zünftig geändert: Nach 29 Jahren Alleingang fahren wir ökologisch im Besenwagen hinter der EU her. Und jetzt legt Deutschland mit dem neuen Koalitionsvertrag im Umweltbereich mehr als einen Zacken zu (siehe «Riegers Europa» Seite 8). Papier ist immer geduldig, aber wenn SPD und Grüne nicht liefern, wird die Strasse sie zwingen, ihre Versprechen zu halten. Ist auch nicht so schwer, da der technische Fortschritt in Sachen Wind- und Solarenergie kostenseitig die kühnsten Träume übertroffen hat. Gehen wir die Fakten durch:

BAUSTEIN 1: Atomausstieg bleibt. Deutschland steigt 2022 definitiv aus der Atomenergie aus. In der Schweiz will Simonetta Sommaruga die Atomkraftwerke einfach weiterlaufen lassen. Die SVP setzt auf Atomstrom, was für die Gegnerinnen und Gegner letztlich eine politische Chance darstellt. Weil Atomstrom viel zu gefährlich und viel zu teuer ist.

BAUSTEIN 2: Raus aus der Kohle. Bisher behaupteten die Gegnerinnen und Gegner des ökologischen Umbaus in der Schweiz, wir würden einfach dreckigen Kohlestrom importieren. Geht aus zwei Gründen nicht. Erstens wird das Kohleland Deutschland schon bis 2030 aus der Kohle aussteigen. Und zweitens sind wir ohne Rahmenabkommen, ohne Stromabkommen auf uns selbst gestellt. Gut so!

BAUSTEIN 3: Zunahme des Stromverbrauchs. Ökologischer Umbau bedeutet mehr Elektroautos, mehr Wärmepumpen und mehr grünen Stahl. Der Stromverbrauch wird in einem Land mit viel Auto- und Schwerindustrie ansteigen. Bis 2030 will Deutschland trotzdem 80 Prozent seines Stroms mit erneuerbaren Energien, vorab mit neuen erneuerbaren Energien, produzieren. Die Schweiz, die dank Wasserkraft über viel bessere Voraussetzungen verfügt, könnte im gleichen Zeitraum sich selber locker auch im Winter zu 100 Prozent mit Strom aus neuen, erneuerbaren Energien versorgen.

BAUSTEIN 4: 2 Prozent der Landfläche für Windenergie. Im Gegensatz zur Schweiz kann Deutschland keine hochalpinen Solarfelder bauen. Es muss deshalb schwergewichtig auf die Windkraft setzen. An Land und auf der See. Alle Bundesländer müssen 2 Prozent ihrer Fläche für Windräder freischaufeln. Parallel dazu werden die Bewilligungsverfahren radikal beschleunigt. Auch die Leistung aller Solaranlagen soll



KOALITIONSVERHÄNDLER: Klimaaktivisten parodieren Annalena Baerbock (Grüne), Christian Lindner (FDP) und Olaf Scholz (SPD). FOTO: DPA

bis in das Jahr 2030 auf 200 Gigawatt erhöht werden.

BAUSTEIN 5: Finanziell kein Problem. Niemand käme es im Traum in den Sinn, für den blitzschnellen ökologischen Umbau 2 Billionen Euro aufzuwenden. Diesen Betrag umgerechnet wollen die Schweizer Grünen und die SP für den Schneckentempo-Umbau hierzulande aufwenden. Wir sind das Land mit den langen Zündschnüren.

BAUSTEIN 6: Axpo hat recht. Für den Energiekonzern Axpo steuern wir in der Schweiz auf eine Stromlücke von 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom zu. Zusätzlich haben wir das Risiko von Blackouts. Und die Tatsache, dass wir

ab 2025 ohne Stromabkommen für uns selber sorgen müssen. Wer ernst genommen werden will, muss auf diesen drei Feldern Lösungen vorschlagen.

BAUSTEIN 7: Ohne Freiflächen geht es nicht. In der Schweiz würden weniger als 1 Prozent der Freiflächen in den fünf Alpenregionen Wallis, Berner Oberland, Uri, Tessin und Graubünden reichen, um die für die Schweiz notwendigen 25 Milliarden Winterstrom zu produzieren. Dazu nächstens mehr in dieser Zeitung.

Schneller als wir denken, könnte alles gut kommen. Uns steht eine Rosa Zukunft bevor. Niemand muss wegen des ökologischen Umbaus mehrere Hundert Milliarden unnütz verbrennen. Aber der muss ökologisch richtig kalibriert sein.

LINK ZUM THEMA:

● rebrand.ly/power-switcher

Mit dem Axpo-Powerswitcher können Sie sich selber einen Überblick über die Entwicklung der Stromversorgung in der Schweiz verschaffen. Sie entscheiden, ob und inwieweit Sonne, Wind oder andere Stromquellen in Zukunft genutzt werden. Wie dies der SP-Energieexperte Roger Nordmann machen würde, sehen Sie in seinem Szenario für das Jahr 2050. Und für dieses sollen die SP und die Grünen Unterschriften sammeln? Es ist zum Fremdschämen!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Schweiz vor dem zweiten Corona-Winter und mitten in der fünften Pandemie-Welle

Neue Varianten, alte Massnahmen



FOTO: GETTY

Das Coronavirus ist noch längst nicht besiegt. Im Gegenteil. Trotzdem trödelt die Politik.

CLEMENS STUDER

10466 neue Coronafälle, 140 neue Spitaleinweisungen, 22 Tote. Das sind die Corona-Zahlen vom Mittwoch, 1. Dezem-

ber 2021 (Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Einen Monat davor waren es noch 2607 neue Fälle, 57 neue Spitaleinweisungen und 5 Tote gewesen.

Dazwischen liegen eine Volksabstimmung und das Auftauchen einer neuen Coronavariante, von der noch niemand genau weiss, wie gefährlich sie wirklich ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft das von der neuen Omikron-Variante ausgehende Risiko als «sehr hoch» ein. Die Angst der Regierenden vor der Volksabstimmung bremste in den vergangenen Wochen die effiziente Pandemiebekämpfung aus. Jetzt ging diese Abstimmung klar zu Gunsten einer

effizienten, wissenschaftsbasierten Politik aus. Trotzdem bleibt der Bundesrat weiter zurückhaltend und lässt in vielen Bereichen den Kantonen den Lead. Diese haben bereits vor einem Jahr gezeigt, dass viele von ihnen zum Trödeln neigen.

WO BLEIBT DER MUT?

Trotz der neuen Virusvariante und der wieder explodierenden Verbreitung der Delta-Variante schlägt der Bundesrat im Wesentlichen alte Massnahmen vor: wieder ein bisschen mehr Maskenpflicht, ein bisschen mehr Zertifikat vorweisen, wieder ein bisschen mehr Homeoffice. Welche Massnahmen der Bundesrat definitiv beschliessen wird,

zeigt sich am Erscheinungstag dieser Ausgabe. Die Vernehmlassung in den Kantonen lief bis Redaktionsschluss.

Klar ist bereits jetzt: Was auch immer der Bundesrat aus seiner Auswahlendung beschliesst, es wird kaum reideln neigen.

Die Schweiz fährt mit Vollgas in einen zweiten harten Seuchen-Winter.

chen, zu verhindern, dass die Schweiz mit Vollgas in einen zweiten harten Seuchen-Winter fährt. Das Volk hat den Massnahmen-Gegnern und Seuchen-Verlängerinnen eine klare Absage erteilt (siehe auch Text unten). Vielleicht



DIE MASKE: Treue Begleiterin durch die Pandemie. FOTO: GETTY

findet die Landesregierung ja dann zwei Wochen nach der Abstimmung den nötigen Mut, zu machen, was die erdrückende Mehrheit des Volks will und die Wissenschaft empfiehlt.

Covid-Abstimmung: Volk hält es mit den Fakten

Klare Absage an die Schwurbelnden



Am Ende des Abstimmungstages war klar: Die grosse Mehrheit steht hinter der Pandemiebekämpfung des Bundesrates. Die Gegnerinnen und Gegner sind bloss schrill und laut.

CLEMENS STUDER

In erster Linie wurde über ein Gesetz abgestimmt, das schon seit Monaten in Kraft ist. Und das sich gerade in Bezug auf das Covid-Zertifikat, das die Gegnerinnen und Gegner ins Zentrum stellten, bewährt hat. Ausserdem sichert das Gesetz bereits beschlossene Unterstützungsmassnahmen für Lohnabhängige und Unternehmen, die von den Folgen der Pandemiebekämpfung betroffen sind.

Wortüber haben wir indirekt abgestimmt? Darüber, dass die Schweiz die Coronapandemie faktenbasiert bekämpft. Und auf die Wissenschaft hört.

Warum war der Abstimmungskampf so gehässig?

1. Weil Fake News und Verschwörungserzählungen in einem Mass in die Diskussion eingedrungen sind, wie wir es bis jetzt erst aus den Trump-USA kannten.
2. Weil die Gegnerinnen und Gegner einen von Milliarden finanzierten, Millionen Franken teuren Abstimmungskampf führen konnten.
3. Weil die meisten Medien der Versuchung nicht widerstanden, den radikalisierten «Corona-Skeptikern» Tag für Tag eine Plattform zu bieten. Weil diese so fleissig interagierten und die Klick-Zahlen in die Höhe trieben. Gefühlt jede Ansammlung von mehr als zehn Corona-Schwurblerinnen und -Schwurbler begleiteten sie

live. Jeder wütend wirtende Wurzelsepp und Impfgegner bekam wohlwollenden medialen Besuch. Sogar die sogenannte seriösen Medien erlagen dem Effekt der «false balance», der falschen Ausgewogenheit. So liessen vor allen die Deutschschweizer Gebühren-Kanäle «skeptische» Liedermacher gleichberechtigt auftreten mit Wissenschaftlerinnen, weil «man beide Seiten zu Wort kommen lassen muss». Mit dem gleichen Argument kann die SRG ihre Diskussionsendungen gleich auch für Ver-

Die Politik muss endlich lernen, nicht vor einer lautstarken Minderheit zu kuschen.

treter der «Die Erde ist eine Scheibe»-Theorie öffnen und für Vertreterinnen der Meinung «Die Erde wird von Reptilien regiert». Schliesslich sind ja auch das «Meinungen».
4. Weil ein paar tausend Corona-Schwurblerinnen und -Schwurbler hysterisch alle belästigten, beschimpften und bedrohten, die nicht ihrer Meinung sind. Und es auch nach ihrer Abstimmungsblamage tun werden.

Ist die Schweiz gespalten?

Nein! Die Schweiz ist nicht gespalten. Die Erzählung der Spaltung wird von den «Corona-Skeptikern» gepflegt, wobei auch dieser Ausdruck völlig irreführend ist. Gerade ihnen fehlt jede Skepsis, jeder Zweifel beim Predigen. Mit ihrer Erzählung der Spaltung stilisieren sie sich als Opfer, die sie nicht sind. Wenn schon, spalten sie sich ab oder haben sich schon abgespalten. Neuerdings wollen einige von ihnen sogar eine Parallelgesellschaft aufbauen, haben nach eigenen Angaben schon Dieseltanks verbuddelt. Noch nie in der Schweizer Geschichte wurde in absoluten

Abstimmungsergebnisse: Je geimpfter, desto Ja			
Kanton	Ja-Stimmen	Impfquote*	Ansteckungen pro 100 000 Einwohner**
Basel-Stadt	70,6	69,3	697,9
Zürich	66,2	68,1	546,7
Tessin	65,3	69,0	285,5
Basel-Landschaft	65,0	67,8	655,1
Neuenburg	64,4	64,9	370,7
Waadt	63,6	67,7	471,8
Zug	63,6	66,4	676,3
Solothurn	63,5	66,2	462,0
Genf	62,9	66,5	590,5
Aargau	62,6	64,9	481,5
Bern	62,5	66,9	619,9
Luzern	62,4	64,4	628,8
Ø Schweiz	62,0	65,8	606,0
Freiburg	61,6	66,7	541,6
Graubünden	60,9	66,6	815,6
Schaffhausen	59,9	66,0	682,3
Nidwalden	59,1	64,4	916,8
Wallis	58,6	63,0	503,3
Uri	56,3	62,9	869,1
Jura	54,7	61,5	702,8
St. Gallen	54,7	60,0	939,7
Thurgau	54,7	59,4	994,7
Glarus	54,2	60,3	824,9
Obwalden	51,2	57,7	936,8
Appenzell AR	50,7	58,7	1092,0
Schwyz	48,6	57,5	920,7
Appenzell IR	44,2	54,2	951,3

* Vollständig geimpfte Gesamtbevölkerung, Stand 30.11.
** 7-Tage-Schnitt, 30.11.

QUELLE: BAG

Zahlen ein Referendum von mehr Stimmenden abgelehnt. Und die Stimmbeteiligung war rekordhoch, die Zustimmung zum Covid-Gesetz mehr als deutlich. Übrigens kam diese Spaltungs-Diskussion nach der Abstimmung über die Kampfjets, die mit einem Zuzug aus dem Ausland ausging, bezeichnenderweise nicht im Geringsten auf. Und auch nicht nach der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative, die von einer Mehrheit des Volkes angenommen wurde und an Kleinkantonen scheiterte.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Pandemie ist noch längst nicht ausgestanden. Die Leugnerinnen und Leugner werden weiter schrill und laut und kontrafaktisch sein. Doch mit weniger medialer Aufmerksamkeit werden sie an Mitläuferinnen und Mitläufer verlieren.
Die ersten Zerfallerscheinungen zeigen sich bereits. Und angesichts der grossen nicht verwirrten Mehrheit der Bevölkerung werden die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker künftig mehr auf die Interessen der Mehrheit schauen. Hoffentlich!

Was können wir lernen?

Das Coronavirus macht weiter, was ein Virus tut: Es befällt Leute und mutiert. Es lässt sich weder wegtrödeln noch wegschreien noch wegtrycheln. Es ist schneller als die Politik. Darum werden wir die Massnahmen zu seiner Bekämpfung immer wieder anpassen müssen und auch die Massnahmen zur Linderung der ökonomischen Folgen der Pandemiebekämpfung. Und die Politik muss endlich lernen, sich nicht von einer lautstarken Minderheit einschüchtern zu lassen. Auch wenn die SVP die Schwurbler als Wählerreservoir innigst umarmt.



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & der Räderhorcher

Der See lag grau in seinem Becken, ob der Himmel ihn spiegelte oder umgekehrt, war nicht zu sagen. Braun, grün, dunkelblau die übrigen Farben. Die Briefträgerin fuhr im



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Zug und las, wenn sie nicht hinausschaute, die «Gazette», das «Kundenmagazin» (!) der BLS. Auf Seite 28 der Bericht über einen «Räderhorcher». So abgefahren! «Manuel Burkhalter will uns zeigen, wie man Räder horcht.» Im Fachjargon heisse seine Aufgabe «technischer Begleit». Wie saftlos dieser Ausdruck im Vergleich!

FASZINIEREND. Das Räderhorchen geschieht folgendermassen: «Manuel postiert sich auf den Zugachsen. Hier kann er allfällige Geräusche der Räder besonders gut hören.» Dabei suche er nach einem Klopfen,

Hat auch der Zustellberuf ganz und gar sinnliche Aspekte?

das abgeflachte Stellenanzeige. Diese verschlechterten den Fahrkomfort und verursachten Schäden an Schienen und Rad. Mit seiner Tätigkeit verhindere der Räderhorcher aufwendige und teure Reparaturen, da er Schäden frühzeitig erkenne. Warum war die Briefträgerin so fasziniert von diesem Bericht? Sie wusste es nicht genau. Weil die beschriebene Arbeit im wahren Sinne sinnlich ist? Menschliche Ohren spüren Schäden und Gefahren auf, kein Computer, keine App, kein technisches Gerät. Dass es so etwas noch gibt! Und dass einer Zeit damit verbringt, den Zugrädern beim Fahren zuzuhören! Als Teil seines Berufes!

Die Briefträgerin kritzelte in ihr Notizbuch, das könnte eine Geschichte werden! Wo aber ist der Postbezug? Gibt es einen? Hat auch der Zustellberuf ganz und gar sinnliche Aspekte? Fingerspitzengefühl ist gefragt beim Sortieren der Post. Augenmerk beim richtigen Einwerfen. Aber etwas, das ganz besonders und unvergleichlich ist? Vielleicht früher, als der Briefträger, die Briefträgerin noch eine ganz besondere und unvergleichliche Person war. Ob sympathisch oder nicht. Im Bild, statt als austauschbare Waren-Transporteurin hinein- und hinausleidend und Scanner-Anhängsel, sowieso. Ja, vielleicht.



Das Leben ist schön, solange nichts passiert.

suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva



ILLU: NINOTCHKACH

work-Frankreich-Korrespondent Oliver Fahrni über ein ziemlich verstörendes Spitalerlebnis in Marseille:

«Muss ich auch gleich selber operieren?»

Das passiert, wenn die öffentlichen Spitäler in einem neoliberalen Koma liegen.



OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Dieser Tage stand ein kleiner Eingriff an, im grössten Krankenhaus von Marseille. Eine Top-Adresse. Nichts Wildes ist geplant, Kardiologie, mild-invasiv. Falls dem Professor mein Herz aber nicht gefalle, so hatte mein Arzt versichert, würden sie gleich «in einem Aufwisch» weiteroperieren.

Kein Problem! Denn 13 Monate zuvor, als Covid gerade Pause machte, hatte ich mich im selben Spital einer weit schwereren Operation unterzogen. Professionelle Medizinerinnen, Mediziner und Pflegende hatten mich als mündigen Menschen behandelt. Der Anästhesist mit algerischem Namen hatte meine Sorge wegen der Narkose nach zwei schlechten Erfahrungen in Berner Spitälern gehört, er hatte mir einen «individuellen Cocktail» gemischt.

IM ZWEITEN SEMESTER

Marseille ist eine Stadt der Medizin. Der operierende Professor hat sich ein halbes Jahr später nach meinem Befinden erkundigt. Normal, würde er wohl sagen, das ist Service public. Kein Job, eine Ethik. Die Menschen hier sind stolz auf ihre renommierten «Medesäng». Im Juni 2020 wurde die Armenärztin Michèle Rubirola zur Bürgermeisterin gewählt.

Also gehe ich zuversichtlich hin, gerüstet mit dem verlangten PCR-Test («nicht älter als 48 Stunden!»). Doch der Spitalempfang ist zu. Schilder lotsen mich in die 10. Etage. Nach einer Stunde warten auf dem Korridor 14 Patientinnen und Patienten auf ihre OP. Manche schleppen Taschen mit Lebensmitteln mit. Auftritt eine Pflegende mit Klemmbrett: Sie hört schlecht. Ich brülle ihr meinen Namen und meine Gebrechen ins Ohr. Die Menge nickt mitfühlend. Meinen Covid-Test will die Frau erst gar nicht sehen. Entnervt ruft ein Mann am unteren Ende der Stuhldreihe: «Ist das hier Ougadougou?». Sie gibt Unfreundliches zurück.

Später im Zimmer macht eine junge Frau mein EKG. Und? frage ich sie. «Weiss nicht», sagt sie, «ich bin im zweiten Semester.» Sie ist nett, überfordert und kommt aus der Nähe von Leipzig. Irgendwo wird wohl ein fertiger Arzt sitzen und sich die Kurven anschauen. Hoffe ich.

Inzwischen herrscht reger Verkehr im Korridor. Pflegende bewegen sich im Laufschrift. Verständigen sich lautstark per Zuruf. Der Ton ist rau. Es geht um längst überfällige Verrichtungen an einem Patienten, um fehlende Medikamente, um das Schichtende von Pflegerin X, die schon elf Stunden auf den Beinen ist. Oder um die «10-null-3, die zum fünften Mal klingelt». Ich höre, wie die Pflegenden eine weitere Protestversammlung wegen der Arbeitsbelastung vereinbaren. Ein Spital am Rande der Nervenkrise.

HELFEN WIRD ZUR HÖLLE

Den Mann, der meine Leiste rasiert, haben sie aus der Pension zurückgeholt, er wurde «vom Präfekten requiriert» wegen akuter Personalnot. An diesem Tag sind vor allem Pensionierte, Studierende und Temporäre auf Schicht. Ungeimpfte werden seit dem 15. September vom Dienst suspendiert. Ein Scheinproblem: Hier lassen sie sich an einer Hand abzählen, landesweit machen sie nur gerade ein Promille der 2,7 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen aus. Doch Zehntausende sind ausgestiegen, befinden sich im Burnout oder sind krank. Mindestens 7000 sind an Covid gestorben, weil Masken und Schutzmaterial fehlten.

Andere Pflegende haben sich umgebracht. Wie Elise, Florian und Valentin, deren Fälle publik wurden. Wie viele es waren, ist ein Tabu. Ihre Arbeit ist schon unter normalen Bedingungen schwer, physisch wie psychisch. Und mies bezahlt. Eine ausgebildete Pflegekraft verdient 2200 Franken monatlich. Für manchmal 100 Stunden Arbeit pro Woche. Dass sie ihre eigene Gesundheit ruinieren, nehmen sie noch hin. Aber wenn sie Notfälle abweisen müssen, was immer häufiger Realität ist, wenn einer, wie kürzlich in Paris, auf einer Bahre in einem Korridor gestorben ist, weil er dort vergessen wurde, wenn Kinder leiden, weil Medikamente fehlen, wird das Helfen und Heilen zur Hölle.

WIE, WO, WAS?

Die bittere Wahrheit dabei ist: Diese Agonie der öffentlichen Gesundheitsversorgung ist nicht dem Virus geschuldet: Covid hat nur die Verheerungen der neoliberalen Politik (siehe Kasten rechts) in ein grelles Licht getaucht. Schon 2019 warnten siebzig Klinikdirektoren in einem Aufruf: «Das öffentliche Spital stirbt.» Und während der Pandemie ging der Abbau weiter: Noch einmal 20 Prozent der Spitalbetten wurden geschlossen.

Nun reisst jemand die Zimmertür auf und schnauzt: «Noch nicht bereit?» – Wie, wo, was? – «Betadin-Dusche und blaue Schürze!» – Okay.

Im OP reden die Ärzte über eine missglückte Hochzeit, während ich festgeschnallt werde. «Warum ist die Infusion noch nicht gesetzt?» motzt der Operateur die Pflegerin an, die

Wie er zum Schnitt ansetzt, zucke ich zusammen. «Sind Sie nicht anästhesiert?»

erfolglos in meinem linken Arm herumstochert: «Das könnten Sie auch vorher erledigen.» Er ist in Eile, das Programm ist gedrängt. Wie er zum Schnitt ansetzt, zucke ich zusammen. «Sind Sie nicht anästhesiert?» – «Nein!» – «Das hätten Sie selbst tun müssen», raunzt mich die Pflegerin an. Doch für weitere Erörterungen ist keine Zeit.

Alles bestens. Wie sich später der Infusionsbeutel mit meinem Blut füllt, schickt man mich nach Hause. Gerade noch rechtzeitig, bevor die fünfte Welle dem Spital endgültig den Rest geben wird.

Gesundheitsversorgung: Sorge Nummer 1

In Paris, Marseille, Brüssel, Madrid und Rom stieg am 20. November simultan die erste internationale Demonstration des Spitalpersonals gegen die Zerstörung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Interessant: Ärztinnen, Klinikdirektoren, Pflegende gingen gemeinsam auf die Strasse. Die Verzweiflung und die Wut der Medizinleute wachsen. Das bewiesen die Riesendemos in 220 französischen Städten vom letzten Juni. Umfragen zeigen, dass der Zugang zu einer sicheren Gesundheitsversorgung Nummer 1 auf dem Sorgenbarometer der Menschen ist, neben der Kaufkraft.

STEUERSENKUNGEN. Die Sache ist explosiv, denn die neoliberale Zerstörung der Gesundheitsversorgung beschleunigt sich gerade hinter dem Paravent des Pandemie-Geredes. Die Mechanik ist überall dieselbe: Notaufnahmen, Geburtskliniken und Regionalspitäler werden zugemacht, die Mittel der Unispitäler gekappt. Medizinische Wüsten breiten sich aus. Die Gesundheits- und Sozialbudgets werden zusammengestrichen. Damit finanzieren die Neoliberalen Steuersenkungen für die Reichen und die Konzerne. Doch das ist nur die halbe Strategie. Medizin ist ein Grundbedarf und teuer. Ist das öffentliche Spital erst einmal demontiert, sprudeln hier gigantische Profite. (olf)

Ja zur Pflegeinitiative «Das ist erst der Anfang!»

Der Abstimmungssieg der Pflegeinitiative beflügelt die Pflegerinnen und Pfleger. So auch Willy Honegger und Sandra Schmied.

JOHANNES SUPE

Was für ein Erfolg! 61 Prozent stimmen für die Pflegeinitiative. Annahme in allen Kantonen ausser Appenzell Innerrhoden. Ein sensationelles Ja: Zum ersten Mal wird eine Gewerkschaftsinitiative an der Urne angenommen. Die Pandemie hat's möglich gemacht. Das Volk schreibt Bundesrat und Parlament ins Aufgabenheft, sich endlich um die Situation in den Spitälern und Langzeiteinrichtungen zu kümmern. Verlangt, dass eine «angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen» festgelegt wird, und fordert «anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen für



«Nun muss Schluss sein mit Ausbeutung!»

PFLEGERIN SANDRA SCHMIED

die in der Pflege tätigen Personen». Der Markt hat versagt, nun braucht es Planung und Vorgaben.

Wie dringend das politische Eingreifen ist, weiss Pflegefachmann Willy Honegger (59). Seit 30 Jahren ist das Unia-Mitglied im Beruf und musste im Kanton Uri mit ansehen, wie im Gesundheitswesen gespart wurde. Nun sind er und seine Kolleginnen und Kollegen völlig am Anschlag. Honegger sagt: «Eine Pflegefachkraft muss sich auf unserer Akutstation auch mal um 20 Personen kümmern. Da ist man schon froh, wenn man abends nach Hause kommt, und nichts ist passiert.» Immer häufiger greife die Heimleitung zudem auf Temporärangestellte zurück, die oft nur für einen Tag da seien und die Abläufe nicht kennen würden. Eine Abhilfe gegen den drückenden Personalmangel sei das nicht. Auch Sandra Schmied (51), Pflegefachfrau aus Bern und ebenfalls aktives Unia-Mitglied, kennt diese Not: «Nachts ist man allein für 36 Leute auf der Station zuständig.»

PERSONALMANGEL. Den Pflegenotstand belegen auch die Statistiken: 11 000 Stellen in der Pflege sind in der Schweiz derzeit nicht besetzt, davon 6200 Fachpersonen. Das vermeldet der Berufsverband der Pflegenden SBK. Wohlgemerkt: Schon eine «Vollbesetzung» würde die Beschäftigten enormen Druck aussetzen, denn die Spitäler und Heime planen mit so wenig Personal wie möglich. Im Angesicht steigender Nachfrage wird sich der Personalmangel in den Pflegeheimen zudem noch verschärfen. Kommt hinzu, dass die jetzigen Arbeitsbedingungen die Pflegenden scharenweise in die Flucht schlagen: Rund 40 Prozent der ausgebildeten Pflegerinnen und Pfleger verlassen den Beruf innert der ersten paar Jahre wieder. Seit Corona: Tendenz steigend!

SOLIDARITÄT. Aber das könnte sich nun ändern. Pfleger Honegger hat jedenfalls etwas Neues beobachtet: «Im Laufe des Abstimmungskampfes ist etwas in der Pflege passiert. Die Teams haben über die Initiative diskutiert. Und wir haben zum ersten Mal das Gefühl bekommen, dass die ganze Pflege zusammensteht.» Pflegerin Schmied bestätigt das: «Als das Ergebnis am Sonntag feststand, da war mir klar: Nun muss die Pflege ihren Platz in der Gesellschaft bekommen. Nun muss Schluss sein mit der jahrelangen Ausbeutung!»

Dem Zufall wollen Schmied und Honegger das aber nicht überlassen. Beide setzen sich dafür ein, dass noch mehr Kolleginnen und Kollegen Teil der Bewegung werden. Der Politik wollen sie dabei genau auf die Finger schauen. «Die Initiative war für uns nicht das Ende», sagt Schmied. «Sie ist erst der Anfang!»

Deutschlands Ampelregierung
Halbvolles Glas

Der Vormarsch der SPD und der Grünen in Deutschland weckte in diesem Sommer linke Hoffnungen. Beide Parteien versprachen eine ökologische und soziale Wende. Und Kanzlerkandidat Olaf Scholz stellte im Wahlkampf einen Mindestlohn von 12 Euro und sichere Altersrenten in Aussicht. Für Rotgrün hat's dann nicht gereicht, jetzt gibt's die rot-grün-gelbe «Ampel»-Koalition, zusammen mit der neoliberalen FDP. Das schlägt sich im Regierungsprogramm nieder: es hat nun nur halb so viele Fortschritte.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Die 12 Euro gesetzlicher Mindestlohn sind gesetzt, heute sind es 9,60 Euro. Das ist ein grosser Erfolg der gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagne und bringt zehn Millionen

Man sieht, dass sich die FDP quergestellt hat. Menschen spürbare Lohnerhöhungen. Ein Fortschritt ist auch die vorgesehene Stärkung der

Tarifverträge (Gesamtarbeitsverträge) bei öffentlichen Aufträgen. Vergeblich suchen die Gewerkschaften aber eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Dass sich die FDP quergestellt hat, zeigt sich auch bei den Regulierungen des Arbeitsmarkts: Arbeit auf Abruf, Temporärarbeit, befristete Arbeitsverträge gibt es auch unter der Ampel-Regierung in Hülle und Fülle. Ebenso die für die Arbeitgeber vorteilhaften sozialversicherungslosen Minijobs.

PFLEGE. Ein Fortschritt ist den Streiks des Pflegepersonals zu verdanken: 1 Milliarde Euro sieht die Koalition für einen Pflegebonus und bessere Arbeitszeitgestaltung vor. Allerdings: In den gleichzeitig laufenden Tarifverhandlungen in den Bundesländern sind die Arbeitgeber geizig. «Doppelzüngig» nennt dies Frank Werneke, der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.

RENTEN. Seit Jahren schrumpfen die Altersrenten in Deutschland. Die «Ampel»-Regierung verspricht das zu stoppen. Dennoch will sie die Renten nur teilweise der Lohnentwicklung anpassen. Das werde langfristig eine «fatale Wirkung» haben, kritisiert der oberste deutsche Gewerkschafter Reiner Hoffmann.

MITWIRKUNG. Dagegen will die «Ampel» bei der Finanzierung der beruflichen Weiterbildung und bei der Mitwirkung der Arbeitnehmenden Fortschritte, von denen wir in der Schweiz nur träumen können. Betriebsräte erhalten zudem mehr Schutz und die Gewerkschaften «digitalen Zutritt in die Betriebe».

Und das Fazit? Das Glas ist definitiv nur halbvoll. Immerhin wird dieser Koalitionsvertrag in der EU fortschrittliche Pläne stützen, wie die Richtlinie für höhere Mindestlöhne und mehr GAV.



LMV 2022 – die Forderungen stehen

Der Landesmantelvertrag wird 2022 neu verhandelt. Über 15000 Bauarbeiter haben nun ihre wichtigsten Forderungen festgelegt. Wir haben sie publiziert:
www.unia.ch/unia.ch/lmv-bau



SIE KANN AUF DEN GAV BAUEN: Schreinerin in der Werkstatt. FOTO: KEYSTONE

Nach elf Monaten Wildwuchs endlich wieder ein Schreiner-GAV:
«Hart zu bleiben, hat sich gelohnt»

Ende 2020 versenkten die Schreinermeister den bisherigen GAV. Und stürzten ihre Branche damit in die Ungewissheit. Das ist nun vorbei.

JOHANNES SUPE

Die Normalität ist zurück, zumindest im Schreinergewerbe. Die Branche hat erneut einen Gesamtarbeitsvertrag. Ab 2022 sind Löhne, Arbeitszeiten und Ferienansprüche der Beschäftigten wieder gesichert. Fast ein Jahr lang musste die Unia darum kämpfen, nachdem die Schreinermeister die Branche in den vertragslosen Zustand gestossen hatten. Doch nun das grosse Aufatmen. Schreiner Thomas Gerber fasst es in kurze Worte: «Der GAV ist wichtig. Er tut der Branche gut.»

DIE SCHLAUMEIER-MEISTER

Ein Blick zurück, in den Sommer 2020. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Gewerkschaften und der Schreinermeisterverband VSSM auf ein «Paket», das die Branche modernisieren soll: Der bisherige Gesamtarbeitsvertrag (GAV)

«Ich bin froh. Was aber bleibt: wie unfair der VSSM war.»

SCHREINER THOMAS GERBER

wird den Wünschen der Meister entsprechend angepasst und sieht (leicht) längere Arbeitszeiten vor. Dafür soll ein Vorruhestandsmodell eingeführt werden, das es den Schreinerinnen und Schreiner erlaubt, bereits mit 63 in Rente zu gehen. Direkt nach den Verhandlungen bestätigen die Mitglieder der Gewerkschaften Unia und Syna diese Doppellösung. Der VSSM hingegen lässt sich Zeit.

Im Dezember kommt es dann zum Eklat: Die Schlaumeier-Meister sagen zwar Ja zum GAV, aber plötzlich Nein zur Rente mit 63. Ob sie darauf hofften, dass sich die Gewerkschaften derart übervorteilen lassen würden? Dass sie einen schlechteren GAV ohne Gegenleistung annehmen würden, nur um einen vertragslosen Zustand abzuwenden? Die Gewerkschaften tun es nicht. Und so hat das Nein des VSSM heftige Folgen. Denn nun ist beides fort, sowohl die Frührente als auch der Gesamtarbeitsvertrag. Ab Januar 2021 herrscht Wildwuchs in der Branche. Kontrollen von auswärti-

gen Firmen? Kaum noch möglich. Schutz der Löhne? Geschleift. Gelder für Weiterbildungen? Bleiben aus.

GEMISCHTE GEFÜHLE

Unia-Verhandlungsführer Giuseppe Reo ist sich heute sicher: «Es war richtig, dass wir damals hart geblieben sind.» In den Monaten nach dem Desaster wird die Unia bei den Betrieben vorstellig, wendet sich an die Presse. Und die Schreinerinnen und Schreiner gehen auf die Strasse. Was den Gewerkschaften hilft: Der VSSM merkt jetzt schmerzlich, dass das gesamte System der Weiterbildungen am GAV hängt.

Nach elf Monaten vertragslosem Zustand soll es jetzt wieder einen Vertrag geben. Ohne längere Arbeitszeiten, allerdings auch ohne Frührente. Dafür mit höheren Mindestlöhnen. Bei den Schreinerinnen und Schreiner rufe das gemischte Gefühle hervor, sagt Schreiner Gerber: «Zunächst bin ich froh, dass der vertragslose Zustand vorbei ist. Was aber bleibt, ist, wie unfair sich der VSSM verhalten hat.» Und noch etwas habe sich Gerber in den vergangenen Monaten gezeigt: «Die Unia hat sich hier wirklich ins Zeug gelegt. Was da gemacht und organisiert wurde, das war gut.» Nur: An manchen Orten habe die Gewerkschaft die Arbeit in der Branche erst wieder erlernen müssen, nachdem sie zuvor eher mit geringer Priorität behandelt wurde. Der Schreiner-Schock habe da auch in der Unia einiges aufgewirbelt, so Gerber.

DIE UNIA BLEIBT DRAN

Auch in der Brust von Giuseppe Reo «schlagen zwei Herzen». Ohne GAV, da ist sich der Unia-Mann sicher, würden die Löhne immer stärker unter Druck geraten. Dass das nicht bereits geschehen ist, sei ein Zufall. Bedingt auch durch das weitgehende Ausbleiben ausländischer Konkurrenz in Corona-Zeiten. Doch die Entlastung der älteren Schreinerinnen und Schreiner bleibe der Unia ein Anliegen. Reo: «Wir haben mit dem VSSM abgemacht, dass wir weiterhin über die Lebensarbeitszeit sprechen werden.»

Givaudan-Mitarbeiterin wehrt sich gegen schlechtes Zeugnis. Mit Erfolg!
Umgangsformen «gut», nicht «meist gut»

Ein Krach mit dem Chef brachte einer Mitarbeiterin ein schlechtes Arbeitszeugnis ein. Das liess sie sich nicht gefallen.

RALPH HUG

Im letzten Mai kündigte Susann Albrecht* ihren Job bei Naturex in Bischofszell TG. Nach zwei Jahren hatte sie genug von der Firma: «Die Mitarbeiter sind überfordert, weil Personen freigestellt und dann nicht oder viel zu spät ersetzt wurden.» Man habe sich nicht nur um die Einarbeitung der Neuen kümmern, sondern auch noch Aufgaben übernehmen müssen, die gar nicht im Stellenbeschrieb enthalten gewesen seien.

KONZERN IM UMBRUCH

Naturex gehört zu Givaudan, der weltgrössten Aroma- und Duftstoff-Herstellerin. Über 15000 Mitarbeitende sind für den Schweizer Konzern tätig. Hierzulande baut Givaudan seit Jahren Stellen ab und ver-

lagert sie nach Osteuropa und Asien. Gleichzeitig wurde auf dem ehemaligen Gelände der Maggi-Fabrik in Kemptthal ZH für 120 Millionen Franken ein Forschungszentrum hingestellt. Kurzum: Givaudan, ein Konzern im Umbruch. Da gerät offenbar einiges durcheinander.

GUTES ZWISCHENZEUGNIS

Jedenfalls gab es für Albrecht Ärger mit dem Arbeitszeugnis. Darin stand, dass sie als Mitarbeiterin «die Erwartungen ausreichend» erfüllt habe. Sie habe ihre Arbeiten «weitestgehend termingerecht erledigt». Und es wurden ihr «meist gute Umgangsformen» attestiert. Damit war sie aber nicht einverstanden. Vor allem, weil sie zuvor ein gutes Zwischenzeugnis erhalten hatte. Sie sah sich durch diese abwertenden Formulierungen in ihren Chancen auf einen anderen Job beeinträchtigt.

Mit Hilfe der Unia setzte sie sich zur Wehr und verlangte, dass die erwähnten Passagen verbessert werden. Sie habe die Erwartungen erfüllt und nicht nur «ausreichend erfüllt», sie habe ihre Arbeiten



STETS ZUFRIEDENSTELLEND: Es lohnt sich, auf einem korrekten Arbeitszeugnis zu beharren. FOTO: ADOBE STOCK

stets termingerecht erledigt, und ihre Umgangsformen seien gut gewesen und nicht bloss «meist gut». Im Hin und Her mit der Personalabteilung

Arbeitszeugnisse haben auf die ganze Anstellungsdauer abzustellen.

stellte sich heraus, dass ein Krach mit einem Vorgesetzten den Ausschlag für die negative Bewertung gegeben hatte. «Als sie hart blieben, drohten wir

mit dem Gericht», sagt Unia-Mann Lukas Auer. Denn ein Arbeitszeugnis hat auf die ganze Anstellungsdauer abzustellen. Auch muss eine Differenz zwischen einem guten Zwischenzeugnis und einem negativen Schlusszeugnis durch klar schlechtere Leistungen begründet sein. Die Givaudan-Personalabteilung lenkte nach einem Gespräch schliesslich ein und formulierte korrekt um. Dank der Unia hat Susann Albrecht nun ein Zeugnis, das ihr auf Jobsuche nicht zum Nachteil gereicht.

* Name geändert

In den Arbeitgeberverbänden haben fast nur Männer das Sagen

Krawattenverbände

mit 1 bis 2 Damen



MÄNNERRIEGE: Casimir Platzer (ganz rechts) präsidiert den Herren-Vorstand von Gastrosuisse. Muriel Hauser und Esther Friedli (v.l.) bringen die Frauenquote gerade mal auf 22 Prozent, obwohl in der Branche viel mehr Frauen arbeiten als Männer. FOTO: GASTROSUISSE

Das Motto der meisten Wirtschaftsverbände: für die Frauen die Büz, für die Männer die Macht.

RALPH HUG

Beinahe hätten die Delegierten von Hotelleriesuisse, dem Arbeitgeberverband der Hotelbranche, eine Frauenquote eingeführt. Die Chefin der Schweizer Jugendherbergen, Janine Bunte, hatte sich an der DV für die Quote stark gemacht:

Männerdominanz statt Branchenrealität: die Arbeitgeberverbände.

Mindestens 40 Prozent Frauen sollten in der Verbandsleitung sein. Und das bis in fünf Jahren. Nicht gerade eine hitzige Forderung. Eine Mehrheit war zwar dafür, doch die nötige Zweidrittelmehrheit kam nicht zustande. Jetzt bleiben die Frauen im Hotelverband weiterhin krass untervertreten: Sowohl in der 5köpfigen Geschäftsleitung als auch in der 7köpfigen Verbandsleitung unter Präsident Andreas Züllig sitzt gerade mal eine Frau, obwohl in den Schweizer Hotels mehrheitlich Frauen arbeiten.

2: 7 BEI GASTROSUISSE

Hotelleriesuisse bleibt damit ein Spiegel der Männerdominanz statt ein Abbild der Branchenrealität. Der Verband steht aber keineswegs allein da. Die krasse Untervertretung von Frauen ist bei den meisten Wirtschaftsverbänden gang und gäbe. work hat nachgeschaut. Überall bietet sich dasselbe trübe Bild: Frauen sind zwar für die Knochenarbeit auf den Geschäftsstellen gefragt. Geht's aber um

Macht und Prestige in den Vorständen, bleiben sie aussen vor.

Da ist der mächtige Versicherungsverband SVV: In der Geschäftsleitung (GL) arbeiten 42 Fachleute, davon mehr als die Hälfte Frauen, nämlich 23. Im 14köpfigen Vorstand unter dem SVP-lastigen Präsidenten Rolf Dörig regiert jedoch eine Männerriege mit bloss zwei Frauen. Dasselbe im Textilverband Swisstextiles: Im 13köpfigen GL-Team sind zehn weiblich. Doch im 7köpfigen Vorstand entscheidet gerade mal eine einzige Frau mit. Auch bei Gastrosuisse regiert das Patriarchat. Obwohl es viele erfolgreiche Wirtinnen gibt, haben diese im Verband wenig bis nichts zu melden. In der GL sind die Männer gar ganz unter sich. Und am Tisch von Präsident und Dauer-Stänkerer Casimir Platzer sitzen neben sieben Kollegen ganze zwei Frauen. Eine davon die SVP-Nationalrätin Esther Friedli, die im Restaurant Haus der Heimat mit SVP-Toni Brunner wirtet.

VORZEIGEVERBAND KIBESUISSE

Allpura, der Verband der Reinigungsfirmen, hat mit Karin Funk zwar eine Geschäftsführerin. Aber in den Zentralvorstand hat's noch keine Frau geschafft. Dies, obwohl die Reinigungsbranche von Frauen dominiert wird. Ähnlich bei Curaviva, dem Verband der Heime und Institutionen: Im Vorstand blicken zwei Frauen auf elf Männer. Wäre das weibliche Geschlecht gemäss seiner tatsächlichen Bedeutung repräsentiert, müsste es genau umgekehrt sein. Es gibt indes auch Lichtblicke. So bei Kibesuisse, dem Verband der Kitas. Hier geben operativ und strategisch Fachfrauen den Ton an. In der GL und im Vorstand sitzt jeweils nur ein einziger (Quoten-) Mann. Beim Spitexverband dominieren zwar in der Geschäftsleitung die Frauen. Im Vor-

stand bringen sie es aber nur auf eine Quote von 40 Prozent, obwohl fast nur Frauen in der Spitex arbeiten. Als Sonderfall darf der Spitalverband H+ gelten. Er hat mit Anne-Geneviève Bütikofer eine Direktorin und mit FDP-Nationalrätin Isabelle Moret auch eine Präsidentin. Doch diese hat im 11köpfigen Männer-Vorstand gerade mal zwei Kolleginnen. Gleich mager sieht es im Detailhandelsverband Swiss Retail Federation (ohne Migros, Coop und Denner) aus. Zwar führt dort Direktorin Dagmar T. Jenni die Regie, und FDP-Nationalrätin Christa Markwalder ist als Präsidentin das Aushängeschild. Doch neben Markwalder gibt es im 13köpfigen Vorstand nur eine Frau, nämlich Nicole Loeb vom gleichnamigen Berner Warenhaus.

VERLEGER: FRAUENQUOTE NULL

Gewisse Verbände fallen durch ihre patriarchale Dominanz besonders negativ auf. Etwa die Personaldienstleister von Swisstaffing (11 Vorstandsmitglieder, eine Frau), die Maschinenindustrie Swissmem (3 Frauen von 43 Vorstandsmitgliedern) oder der Brauereiverband (eine Frau unter 11 Männern). Diese Macho-Bastionen werden nur noch von drei Verbänden mit gänzlich ungebrochener Männerherrschaft getoppt: Im Baumeister-, im Verleger- und im Verband der Elektroinstallateure sind die Krawattenträger vollkommen unter sich – Frauenquote null!

Wie lange noch? Börsenkotierte Firmen müssen neu einen gesetzlichen Frauenanteil einhalten (siehe Text unten). Doch Wirtschaftsverbände nicht. So kann der Arbeitgeberverband unter Valentin Vogt weiterhin gegen Frauenquoten lobbyieren. Damit sich auch bei ihm selbst wenig ändert: Sein Vorstand besteht aus 63 Personen, nur gerade 10 davon sind Frauen.

Frauen in den Unternehmen: 114 Verwaltungsrätinnen gesucht

Wie zäh Männernetzwerke sind, zeigt alljährlich der Schilling-report. Er untersucht die Vertretung von Frauen in den Unternehmen. Danach erreichte der Frauenanteil in den Geschäftsleitungen der 100 grössten Firmen im vergangenen Jahr erstmals die Marke von 10 Prozent. Erstmals! Vorher lag er noch tiefer. Der Anteil steigt nur langsam an. Geht es im selben Tempo weiter, dauert es etwa 50 Jahre bis zur Parität der Geschlechter. Das hat eine neue Studie («Gender Intelligence Report 2021») der Universität St. Gallen errechnet.

Sandra Jauslin, Vizepräsidentin der Business Professional Women (BPW), sagt: «Es braucht einen



«Frauen, traut euch!»

SANDRA JAUSLIN, BPW

Kulturwandel auf allen Etagen.» Ihre Botschaft an die Frauen: «Traut euch!» Frauen müssten jetzt die Chancen packen. In den

nächsten Jahren sind 114 Verwaltungsrätinnen gesucht. Das neue Aktienrecht verlangt nämlich, dass in den Verwaltungsräten der börsenkotierten Firmen mit Sitz in der Schweiz bis 2026 neu 30 Prozent und in den Geschäftsleitungen 20 Prozent Frauen sein sollen. Sanktionen sind keine vorgesehen.

WIRTSCHAFT BREMST. Frauenquoten könnten helfen. Doch die Unternehmen wehren sich seit je gegen verbindliche Quoten. O-Ton Arbeitgeberverband: «Das ist ein

zu massiver Eingriff in den Rekrutierungsprozess.» Der Verband wollte auch die erwähnte Aktienrechtsrevision verhindern. Unter anderem mit dem Argument, die Wirtschaft fördere Frauen bereits. Aber eben bloss im Schnecken-tempo. Gemäss HSG-Report sind immer noch 83 Prozent aller Stellen im Topmanagement durch Männer besetzt. Dabei wächst die Zahl von bestqualifizierten Frauen Jahr um Jahr. Der St. Galler Report: «Wie lange wollen wir es uns noch leisten, diesen Pool ungenutzt zu lassen?» (rh)



la suisse existe
Jean Ziegler

FRONTEX: DIE SCHANDE VON EUROPA

Frontex ist die Grenz- und Küstenwache der Europäischen Union. Gegründet 2004, ist sie der bewaffnete Arm einer kriminellen Abschreckungsstrategie, die von EU-Kommissa-

ren in Brüssel angeordnet wurde. Ihr Ziel: an den See- und Territorialgrenzen der Festung

Europa so viele Gewaltflüchtlinge wie möglich aufzugreifen und abzuweisen und so zu verhindern, dass diese auf europäischem Boden ein Asylgesuch deponieren können.

DIE JAGD. Das Menschenrecht auf Asyl (Artikel 14 der Uno-Menschenrechtserklärung) ist eine Zivilisationserrungenschaft. Wer in seinem Heimatland aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen bedroht und verfolgt wird, hat das Recht, eine Grenze zu überschreiten und in einem anderen Land um Schutz nachzusuchen. Für Gewaltflüchtlinge gibt es keinen «illegalen» Grenzübergang.

Im zentralen Mittelmeer und in der Ägäis macht die Frontex Jagd auf Flüchtlinge. Mit bewaffneten Schnellbooten greifen sie auf hoher See deren zumeist fragile Schiffe an. Mit oft extremer Gewalt drängen sie die Flüchtlinge zurück in die türkischen oder libyschen Territorialgewässer. Viele Flüchtlingsboote kentern, viele Menschen ertrinken.

Frontex unterstützt in der Luft (mit Drohnen) und auf dem Land die Schlägerbanden des ungarischen und kroatischen Grenzschutzes. Der im Oktober veröffentlichte Bericht einer Untersuchungskommission des Europaparlaments dokumentiert eine Reihe fürchterlicher Verbrechen, die an den Süd- und Ostgrenzen unseres Kontinents begangen wurden. Beispiel: Kroatische Grenzwachter rissen Flüchtlingen die Fingernägel aus, verprügelten sie, plünderten sie aus und jagten sie zurück in die Elendslager von Bosnien-Herzegowina.

MIT SCHWEIZER HILFE. Die Schweiz ist Mitglied von Frontex seit 2009. Schweizer Zöllnerinnen und Polizisten fahren mit auf den Kriegsschiffen und beteiligen sich aktiv daran, das Menschenrecht auf Asyl zu liquidieren. Während der letzten Herbstsession hat unser Parlament beschlossen, den Schweizer Beitrag an Frontex von 14 auf 61 Millionen Franken zu erhöhen. Im Nationalrat fiel das Resultat am 22. September äusserst knapp aus: 88 Parlamentarierinnen und Parlamentarier stimmten für die Erhöhung, 80 dagegen, 28 enthielten sich. Eine Koalition von Hilfsorganisationen ergriff daraufhin das Referendum, unterstützt von der SP, den Grünen und Gewerkschaften. Jetzt drängt die Zeit, wir müssen die 50 000 Unterschriften bis Januar nächsten Jahres zusammenbringen.

Die Unterschriften zu sammeln und dann für die Aufhebung des Bundesbeschlusses zu stimmen, ist ein Gebot der Vernunft und der elementaren Gerechtigkeit. Jedoch: Auch wenn es uns gelingt, den skandalösen Beschluss des Parlaments umzustossen, ist unser Kampf noch lange nicht beendet. Die Schweiz muss mit Frontex brechen. Unsere Steuergelder dürfen nicht dazu dienen, eine Strategie der Abschreckung und der Abschaffung des Asylrechts zu finanzieren.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Finanzierung der Altersvorsorge: Angriff auf AHV und Pensionskassen

Rechte Parteien planen doppeltes Rentenmassaker

Die rechten Parteien von SVP bis GLP gehen auf Tutti: Sie wollen AHV und Pensionskassen gleich beide auf dem Buckel der Frauen und der Normalverdienenden «sanieren». Profitieren sollen einmal mehr Banken, Versicherungen und Superverdienende.

CLEMENS STUDER

Tatort BVG: Die Pensionskassen bröckeln. Für immer höhere Beiträge gibt es immer weniger Rente. Die Ursachen: Mit dem Altersguthaben der Versicherten wird im internationalen Finanzcasino spekuliert. Das ist gut für Banken und Versicherungen, ihre Abzocker-Manager und ihr Aktionariat. Nicht gut aber ist das für die Versicherten, an deren Altersvorsorge sich auch noch sogenannte Makler schamlos bedienen. Am schlechtesten ist das BVG-System für Geringverdienende und Frauen, ihre Renten sind mies, wenn sie überhaupt versichert sind. Deshalb haben die Gewerkschaften mit den vernünftigeren Arbeitgeberverbänden einen wohlautartierten BVG-Kompromiss ausgearbeitet.

Statt auf diesen einzugehen, plant die rechte Mehrheit im Parlament jetzt ein Rentenmassaker: Sie will die Pensionskassenrenten der Lohnabhängigen um bis zu 12 Prozent senken. Die mickrigen Kompensationszahlungen sollen die Versicherten zudem noch gleich selber finanzieren. Gleichzeitig mit diesem Rentenmassaker bei den Gering- und Normalverdienenden wollen die Rechten durch Steuersenkungen den Superverdienenden Jahr für Jahr zusätzlich 500 Millionen Franken schenken. Dabei lohnt sich die Säule 3a, also die Privatvorsorge, gerade einmal für 10 Prozent der Lohnabhängigen (siehe Grafik rechts).

Tatort AHV: Die AHV ist das grösste Sozialwerk der Schweiz. Und sie ist stabil. Weil sie im solidarischen, preisgünstigen und stabilen Umlageverfahren finanziert ist. Hier macht das Geld der Versicherten keinen jahrzehntelangen riskanten Umweg über die Finanzmärkte. Für die nächsten paar Jahre braucht die AHV jetzt ein bisschen mehr Geld, weil die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Doch längst erfüllen die AHV-Renten ihren verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr. Das ist politisch gewollt. Seit sie die AHV nicht mehr verhindern konnten, hält die rechte Mehrheit die AHV klein. Im Interesse der Finanzindustrie verweigert sie Verbesserungen und redet die AHV schlecht. Jetzt will sie das Rentenalter der Frauen erhöhen ohne

auch nur halbwegs faire Kompensation. Dabei ist die AHV eine schon fast geniale Versicherung. Denn in keiner Rentenversicherung bekommen die Lohnabhängigen mehr Rente pro einbezahlten Franken. Das hat eine aktuelle Modellrechnung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) erneut ergeben. Die SGB-Expertinnen verglichen die gesamten Beiträge an die AHV mit den Beiträgen, die Lohnabhängige in einen Fonds der privaten Vorsorge einbezahlen müssten, um die gleiche Rente wie in der AHV zu erhalten. Das Resultat: 90 Prozent der Bevölkerung haben dank der AHV viel mehr Geld zum Leben als bei einer privaten Vorsorge. Weil ein Franken für die AHV mehr Rente generiert als ein Franken für die private Vorsorge.

DREI KONKRETE BEISPIELE:

- Ein Verkäufer spart mit der AHV bis zur Pensionierung über 250 000 Franken für die gleiche hohe Rente.
- Eine alleinstehende Frau mit Medianeinkommen (die Hälfte verdient mehr, die Hälfte weniger) spart dank der AHV über 270 000 Franken.
- Eine Familie mit zwei Kindern spart rund 400 000 Franken (weitere konkrete Beispiele siehe Grafik rechts, den ganzen Bericht gibt's hier: rebrand.ly/ahvlohntsch).

So wie die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind, werden die rechten Parteien massive Rentenabbauvorlagen beschliessen. Die Gewerkschaften haben bereits Referenden angekündigt. Das letzte Wort wird also das Stimmvolk haben. Und das hat bis jetzt noch jede einseitige Rentenabbauvorlage beerdigt.

Dauerangriffe auf die AHV und schamlose Abzockerei bei den Pensionskassen

work hat schon viel über die Rentenpolitik geschrieben, mit vielen Zahlen, mit vielen Analysen und mit historischer Einordnung. Eine Auswahl zum Nachlesen: rebrand.ly/ahv-fakten

- 13 Fakten zur AHV: Wissen, staunen – und nicht vergessen: rebrand.ly/ahv-fakten
- Das steht im BVG-Kompromiss: rebrand.ly/bvg-kompromiss
- Der AHV-Dreizehnte: Darum ist er wichtig, und so funktioniert er: rebrand.ly/ahv13er
- Der Lohnklausen an den Frauen ist auch Rentenklau an den Frauen: rebrand.ly/lohnrentenklau
- Das war die Steuer/AHV-Vorlage: rebrand.ly/staf
- Wie schamlos sich Broker am Pensionskassengeld bedienen: rebrand.ly/bvg-abzocker
- So zügeln Swisslife & Co. unsere Renten ab: rebrand.ly/bvg-abzugler

Nationalbank, Dividenden, Lohnungleichheit: Geld für eine gute AHV ist genug da

Arbeitgeberverbände, Banken, Versicherungen und ihre Parteien von SVP bis GLP reden die AHV schlecht. Dabei ist es gerade ihre Politik, die der AHV Milliarden vor-enthält. Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien haben Lösungen:



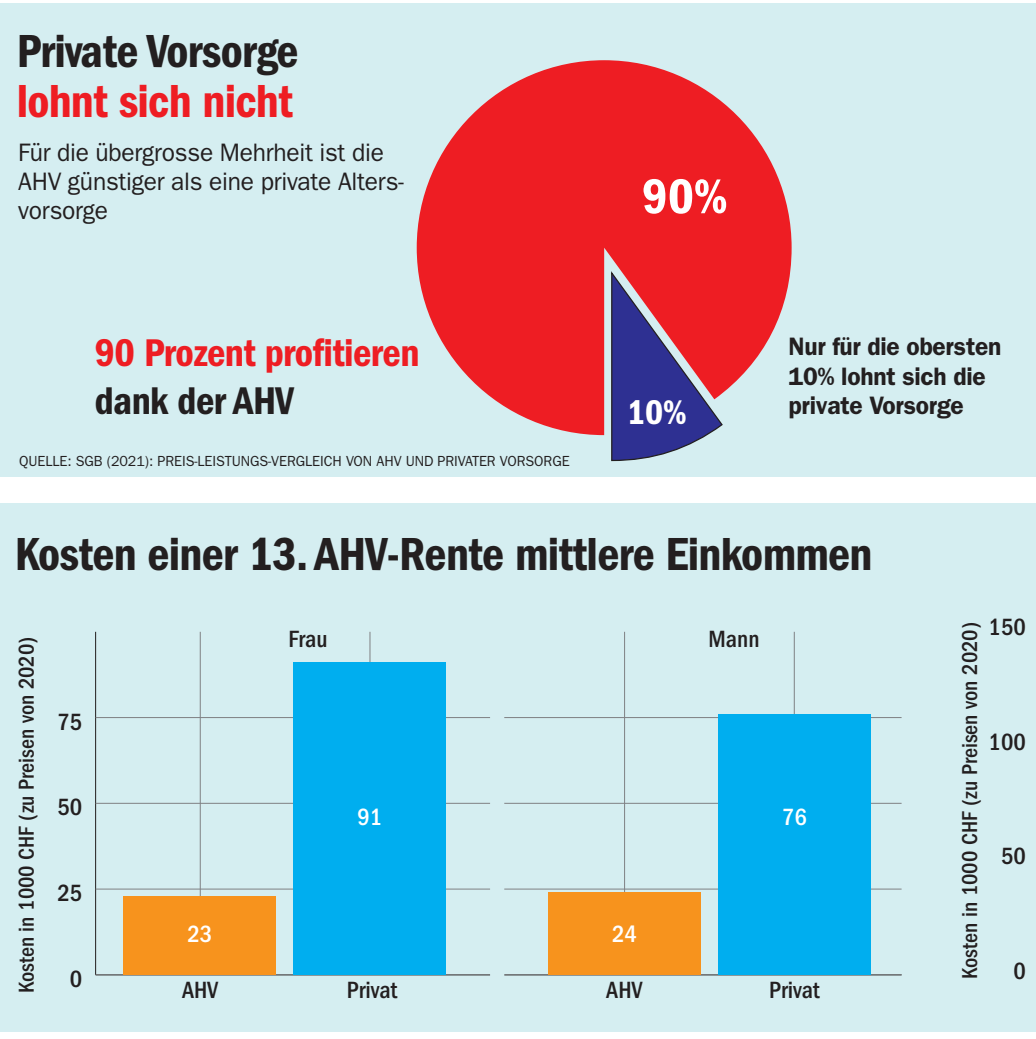
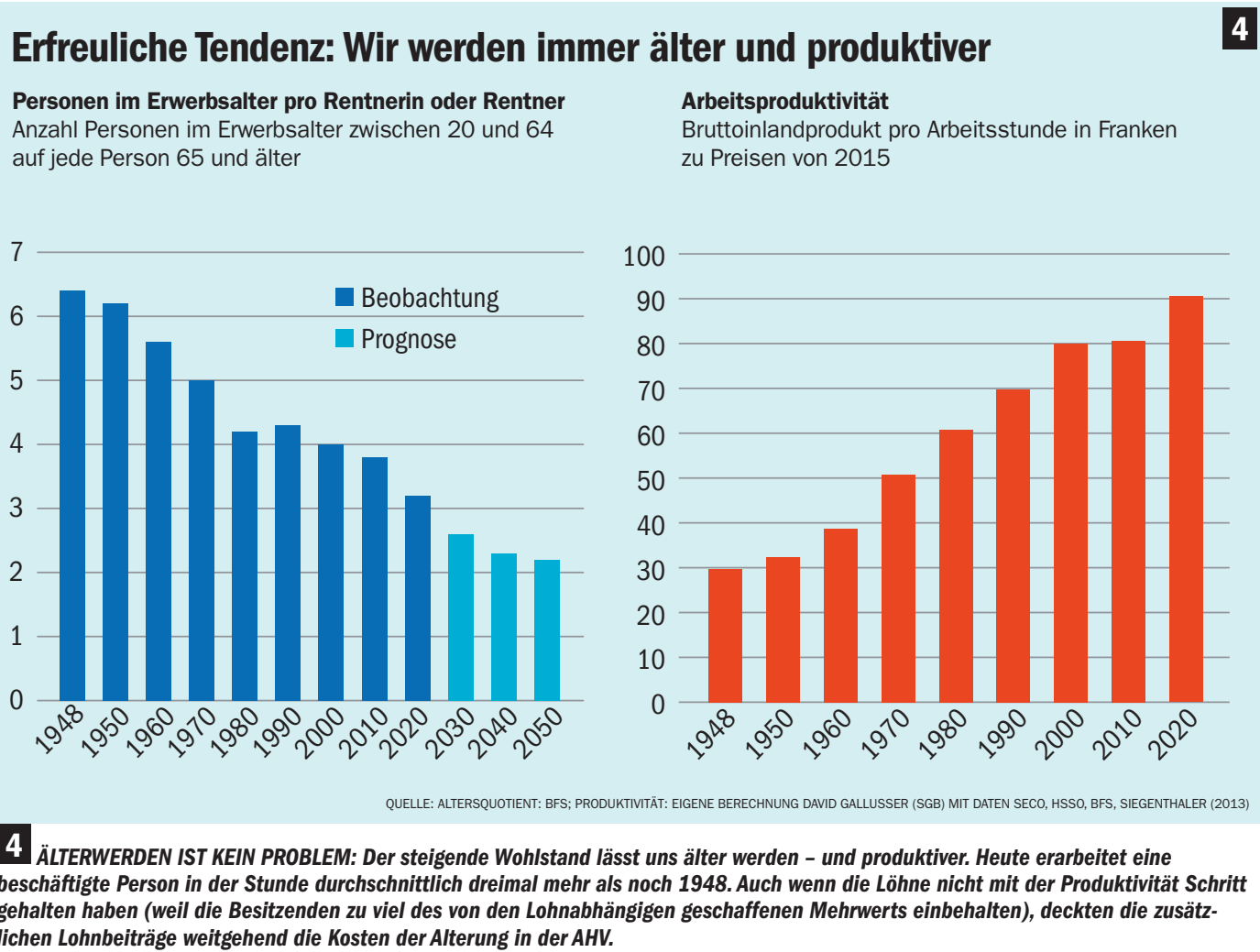
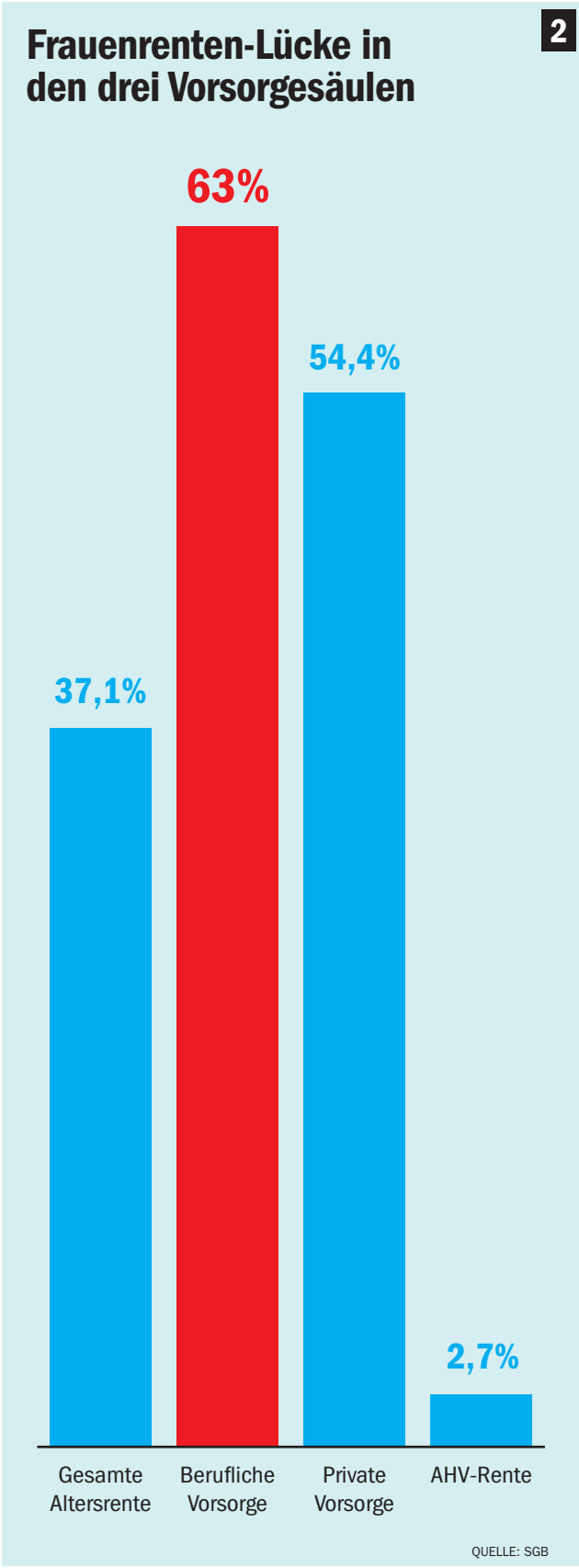
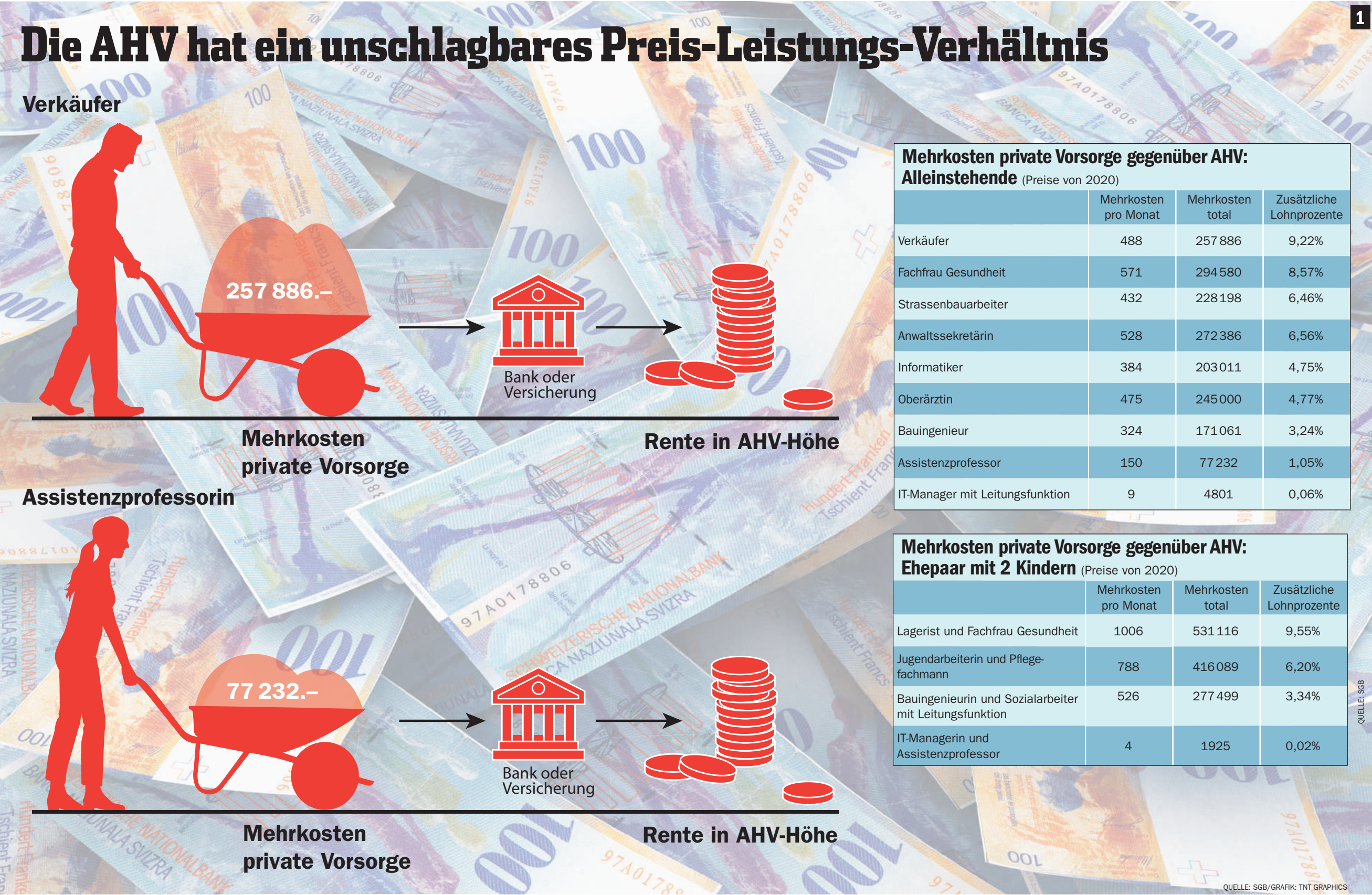
dem Volk. Wenn nun ein Teil dieser Gewinne – zum Beispiel die Einnahmen aus den Negativzinsen – an die Volksversicherung AHV ausbezahlt würde, wäre das erstens nicht mehr als gerecht und würde zweitens den vorübergehenden AHV-Finanzbedarf decken. Das ist problemlos auch für die Kantone zu verkraften. Denn diese machen mit dem SNB-Geld vor allem Unsinn. Statt es zugunsten der Mehrheit einzusetzen, verschleudern die bürgerlichen Mehrheiten in den Kantonen das SNB-Geld für Steuersenkungen zugunsten von Bestverdienenden und Unternehmen. Das zeigen die neusten, vom SGB akribisch aufgearbeiteten Zahlen (Dokument im QR-Code links). Der Bericht ist auch eine Fundgrube für lokale Gewerkschaftsbünde, wenn es um Steuersenkungsprogramme in ihren Kantonen geht.



besteuert. Bund und Kantone entgehen so Milliarden. Und Sozialabgaben müssen auf Kapitaleinkünfte auch nicht bezahlt werden. Zumindest dies will die SP jetzt ändern. Die Berner SP-Nationalrätin Tamara Fumicello sagt dazu: «Wer Dividenden erhält, soll darauf die gleichen Abgaben zugunsten der AHV entrichten wie alle Menschen, die für ihre Löhne arbeiten.»



Endlich Lohnungleichheit: Selbst der äusserst zurückhaltend rechnende Bund kommt auf eine «unerklärte» Lohn-diskriminierung der Frauen von rund 8 Prozent. Das heisst: effektiv sind es wesentlich mehr, diese 8 Prozent beziehen sich nur auf solche Lohnunterschiede, die Frauen erleiden, nur weil sie Frauen sind. Würde diese Lohn Differenz endlich beseitigt, so wie es in der Bundesverfassung steht, stünden der AHV auf einen Schlag jährlich über 800 Millionen Franken mehr zur Verfügung – weil die Frauen mehr verdienen, würden auch die AHV-Beiträge steigen. (cs)



1 Die SGB-Fachleute haben die gesamten Beiträge an die AHV mit den Summen verglichen, die in einen Fonds der privaten Vorsorge einbezahlt werden müssten, um die gleiche Rente wie in der AHV zu erhalten. Die Zahlen in der Stosszettel zeigen, wie viel eine versicherte Person zusätzlich bezahlen müsste. Der Vergleich geht von Personen aus, die 2019 (Männer) beziehungsweise 2020 (Frauen) mit 21 Jahren zum ersten Mal in die AHV einzahlen und noch ihre gesamte Berufs Laufbahn vor sich haben.

2 Frauen bekommen im Durchschnitt rund 37 Prozent weniger Rente als Männer. Am grössten ist die Benachteiligung bei den Pensionskassen, am kleinsten bei der AHV.

3 Die Gewerkschaften haben eine Initiative für einen AHV-Dreizehnten eingereicht. Die Gegner einer stärkeren AHV sagen, eine 13. AHV-Rente soll privat finanziert werden. Das wäre massiv teuer, wie die Grafik zeigt.

«Bilanz»-Reichenliste zeigt: Das Kapital kennt keine Coronakrise
Leise rieselt der Reichtum

Die 300 reichsten Menschen in der Schweiz besitzen gemeinsam 821 Milliarden Franken. Das sind 115 Milliarden mehr als vor einem Jahr.

CLEMENS STUDER

«Alle Jahre wieder kommt das Christuskind», tönt es jetzt bald wieder unter Tannenbäumen. Und dann rieselt oft auch noch der Schnee leise. Ebenfalls alle Jahre wieder im Dezember kommt die Reichenliste des Wirtschaftsmagazins «Bilanz» – journalistische Fleissarbeit und Magazin-Legende gleichzeitig. Sie erscheint seit 1989, zuerst mit den 100, dann mit den 250 und seit 1999 mit den 300 Reichsten.

Als die Liste der Reichsten erstmals erschien, besaßen diese zusammen 66 Milliarden Franken. Heute

Rekord-Weihnachten für Blocher & Co.: So reich waren sie noch nie!

verfügen alleine die zwei reichsten Familien mit 90 Milliarden über weitaus mehr Vermögen als damals alle 100 zusammen.

Dieses Jahr – im Jahr 2 der Corona-Pandemie – wuchs das Vermögen der 300 Reichsten um 115 Milliarden Franken. Absoluter Rekord seit Listenführung. Mit über 16,3 Prozent Vermögenszuwachs übertrifft das Seuchenjahr 2021 sogar die Boomjahre 2006 und 2007. Zusammen besitzen die 300 reichsten Menschen in der Schweiz jetzt 821 Milliarden Franken. Das sind 100 Milliarden mehr als das Bruttoinlandprodukt (BIP). Das BIP erfasst die gesamte Wertschöpfung eines Landes, also im wesentlichen den Mehrwert, den die Lohnabhängigen erarbeiten.

DIE 10 REICHSTEN 2021

- 1. Die Gebrüder Kamprad (Ikea-Erben): 55,5 Milliarden
- 2. Die drei Familien Hoffmann, Oeri



IN CHAMPAGNERLAUNE: Auch das zweite Seuchenjahr konnte den Superreichen in der Schweiz nichts anhaben – im Gegenteil! FOTO: GETTY

- und Duschmalé (Roche-Erben): 34,5 Milliarden
- 3. Klaus-Michael Kühne (Logistik): 29,5 Milliarden
- 4. Gérard Wertheimer (Chanel): 29,5 Milliarden
- 5. Familie Safra (Bank): 22,5 Milliarden
- 6. Guennadi Timtschenko (Oligarch): 20,5 Milliarden
- 7. Blocher-Clan (EMS): 19,5 Milliarden
- 8. Jorge Lemann (Bier): 17,5 Milliarden
- 9. Familien Schindler, Bonnard (Lifte, Rolltreppen): 16,5 Milliarden
- 10. Familie Bertarelli (Pharma-Beteiligungen): 15,5 Milliarden

Erarbeitet ist hier wenig, geerbt und erspekuliert viel. Die Börsen boomen. Auch weil die Firmen fette Dividenden ausschütten, während die Lohnschere sich weiter öffnet. Seit Jahren publiziert die Unia einen Lohnschere-Bericht. Im aktuellsten belegt Ökonomin Noémie Zurlinde: 2020 betrug das Verhältnis zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn bei den untersuchten Konzernen in der Schweiz im Schnitt 1:137 (alle Details hier: rebrand.ly/lohnschere21). Im gleichen Jahr schütteten die untersuchten Firmen an das Aktionariat 60,6 Milliarden Franken aus – das sind 5 Prozent mehr als 2019.

MEHR DIVIDENDEN ALS LOHN

Auszahlungen an Aktionärinnen und Aktionäre (Dividenden, Aktienrückkäufe) sind nichts anderes als vorenthaltene Löhne. Ganz vorne dabei ist hier der Blocher-Clan. Bei der EMS streicht das Aktionariat 69 Prozent des Gewinnes ein. Das sind 468 Millionen Franken. Das meiste davon geht an die Familie Blocher. Die drei Blocher-Töchter Magdalena Martullo, Miriam und Rahel Blocher kassierten 331,8 Millionen Franken. Das ist mehr, als die EMS für Löhne und Sozialleistungen ausgeben mag. Konkret: jene, die den Mehrwert erarbeiten, werden mit weniger als einem Drittel des Kuchens abgespeist. Übrigens: Als Vater Blocher 2003 Bundesrat wurde, schätzte die «Bilanz» das Blocher-Vermögen noch auf «nur» 2,5 Milliarden. Da hat die Milliardärsfamilie also enorm vorwärtsgemacht und in die eigene Tasche gewirtschaftet. Der Reichtum rieselt leise, aber goldig.

Läderach: Die Corona-Heuchler



Mai 2020, Corona-Frühling Nr. 1. Die Schweiz ächzt unter den Folgen der Pandemiebekämpfung. Hunderttausende Lohnabhängige müssen wegen Kurzarbeit mit 80 Prozent ihres Lohnes auskommen. Der Bundesrat beschliesst erste Lockerungen. Und im glamerischen Ennenda entlässt die Schokoladenfirma Läderach 27 Mitarbeitende. Viele sind 60jährig und älter, haben zum Teil fast 20 Jahre für die «Schoggikönige» gearbeitet. Die Ausgeschauten erhalten weder eine Abfindung, noch gibt es einen Sozialplan. Dafür habe man «leider» kein Geld, sagt die selbsternannte «Chocolate-Family». Wegen Corona. Bereits ein Jahr zuvor hatten die Läderachs im deutschen Dillenburg (Bundesland Hessen) über 130 Arbeiterinnen und Arbeiter buchstäblich über Nacht auf die Strasse gestellt. Ohne Corona.

SEKTEN STATT SOZIALPLAN. Geld à gogo haben die Läderachs allerdings für diverse Fundamentalisten-Organisationen. Und betreiben quasi eine eigene Freikirche. Leisten können die Läderachs sich das problemlos. Ins Corona-Jahr 1 startete der Clan mit 100 bis 150 Millionen Franken. Kaufte ein paar Monate nach den ruppigen Entlassungen in der Schweiz in den USA 34 Filialen des Konkurrenten Godiva. Im Corona-Jahr 2 schätzt die «Bilanz» das Läderach-Vermögen jetzt auf bis 200 Millionen Franken. (cs)

Mehr work zur schrecklich frommen Familie: rebrand.ly/laederach

Und es geht doch! Erfolg für das Projekt «Teilzeitbau» der Maler- und Gipserbranche:
Schon fast 500 neue Teilzeitstellen

Teilzeitjobs als Gipserin oder Maler? Bis vor kurzem war das in den meisten Firmen keine Option. Das ändert sich gerade.

CHRISTIAN EGG

Obwohl sie rund hundert Bewerbungen geschrieben hatte, fand Sarah Schütz keine Stelle als Teilzeit-Malerin. Zu unflexibel seien die meisten Chefs, sagte die alleinerziehende Mutter vor fast drei Jahren im work. Diese wollten Mitarbeitende nur Vollzeit oder gar nicht einstellen. Weil sie das schon immer so gemacht hatten. Der Branche brachte das einen Verlust an Fachkräften: Fast jede zweite Malerin verlässt bis Mitte 30 den Beruf.

Das wollten die Gewerkschaften Unia und Syna zusammen mit dem Maler- und Gipserverband ändern.

2018 starteten sie das Projekt «Teilzeitbau». Und dieses kann jetzt einen ersten Erfolg verbuchen: Gab es beim Start des Projekts gerade mal 638 Teilzeitstellen für Maler und Gipserinnen, so waren es Ende 2020 bereits 1115. Macht ein Plus von 477 Teilzeitstellen!

WIDERSTAND DER CHEFS

Das freut Projektleiterin Barbara Rimml: «Ich hätte nicht gedacht, dass die Zahl so schnell so stark ansteigt.» Anfänglich habe es aus den Betrieben auch ablehnende Stimmen gegeben, sagt sie rückblickend: «Einige meinten, Teilzeitarbeit sei auf dem Bau gar nicht machbar. Andere fanden, man müsse nicht jeden modernen Furz mitmachen.»

Überzeugungsarbeit leistete Rimml mit Konkretem. Sie besuchte Unternehmen, in denen Teilzeitarbeit bereits funktioniert, und porträtierte Mitarbeiter und Firmenchefinnen für die



TEILZEIT-MALER: Matthias Fröhlicher arbeitet 60 Prozent und ist glücklich damit. FOTO: MARA TRUOG

Verbandszeitschrift und für Social Media.

Auch work hat mit Teilzeit-Malerinnen und -Maler gesprochen (rebrand.ly/tzmaler). Zum Beispiel mit Matthias Fröhlicher. Er arbeitet seit ein paar Jahren 60 Prozent und bilanziert: «Ich

bin ruhiger und zufriedener geworden.» Solche Beispiele seien wichtig, sagt Projektleiterin Rimml: «Andere sehen dann: Aha, die machen das auch. Es geht also!»

Jetzt ist das Projekt in der Schlussphase. Im November haben alle Maler-

und Gipserbetriebe Post bekommen: Einen Fächer aus Plastic – ähnlich den Farbfächern, die Malerinnen und Maler verwenden. Darauf sind konkrete Tipps wie: «Die Arbeitsübergabe passiert am besten mündlich und direkt zwischen den be-

teiligten Mitarbeitenden» oder: «Vereinbaren Sie schriftlich die Arbeitszeit und feste Arbeitstage». Die Tipps finden Sie online unter: rebrand.ly/hilfsmittel.

«Junge Väter wollen Teilzeit arbeiten.»

BARBARA RIMML, PROJEKLEITERIN «TEILZEITBAU»

Die Sozialpartner haben sich zudem auf faire Regeln für Teilzeitarbeit geeinigt. Ab 2023 sollen sie in den Gesamtarbeitsvertrag integriert werden.

ANDERE WOLLEN AUCH

Die Erfahrungen aus dem Projekt will Rimml jetzt auch anderen Branchen zugänglich machen. Denn Teilzeitstellen sind in den meisten Baubranchen rar. «Doch gerade jüngere Männer wollen heutzutage Teilzeit arbeiten, wenn sie Vater werden», sagt Rimml.

Neuer Bauvertrag: Forderungen fix, Fahrplan steht «Heute sagen wir: Wer baut, bestimmt!»



AUSGESCHAUFELT! Wenn die Bauleute nicht wollen, läuft nichts mehr im Stollen. FOTO: UNIA

Eine Verschlechterung des Landesmantelvertrags akzeptieren die Bauleute nicht. Im Gegenteil: Sie fordern mehr Schutz vor Schlechtwetter und Überstunden.

JONAS KOMPOSCH

Es war ein reges Treiben in der Berner Unia-Zentrale: Gegen hundert Bauarbeiter aus der ganzen Schweiz waren angereist. Auf dem Programm stand ihre erste grosse Berufskonferenz seit jener vom Juni, als das «Bauarbeiterparlament» wegen Corona noch im Freien tagen musste. Als erstes erhoben sich die Versammelten für eine Schweigeminute für die tödlich verunfallten Berufskollegen. In diesem Jahr zählte die Suva bisher 22 Búezer, die auf dem Bau verstorben sind. Direkt im Anschluss folgte das Haupttraktandum: Der geltende Landesmantelvertrag (LMV) läuft Ende 2022 aus. Und bereits am 28. Februar



EINE MAUER FÜR DIE MAUERNDEN BAUMEISTER: Protestaktion der Bauleute vor dem Sitz des Berner Baumeisterverbandes. FOTO: UNIA

abgesehen. Keine Kursänderung also bei den Baumeistern. Schon die Lohnrunde liessen sie jüngst scheitern. Und vor drei Wochen prahlte Verbandspräsident Gian-Luca Lardi öffentlich: der LMV sei «nicht gottgegeben». Lardi weiss aber auch, wen er sich zum Gegner macht. Er rechne mit Streiks, gab er vor drei Wochen offen zu. Dass die Bauarbeiter hierzu bereit sind, ist jetzt beschlossene Sache. Einstimmig bekräftigten die Versammelten, für die Verteidigung ihrer Errungenschaften bis zum Äussersten zu gehen. Und nicht nur dafür.

«Wir lassen uns nicht spalten, wir sind ja nicht blöd!»

JOÃO DE CARVALHO FIGUEIREDO, BAUPRÄSIDENT GENF

beginnen die Verhandlungen für einen neuen. Was zu erwarten ist, machte Unia-Bauchef Nico Lutz in seiner Eröffnungsrede klar: «Wir werden harte Attacken der Baumeister erleben.» Bereits sei nämlich durchgesiekt, was gewisse Chefs im Schilde führten.

Auch die Bauarbeiter haben Forderungen. Und zwar solche mit breiter Abstützung. Von Mai bis Oktober klappten Unia-Leute die Baustellen des Landes ab und führten Abstimmungen zu den drängendsten Problemen durch. Über 15000 Bauleute haben daran teilgenommen – also rund jeder fünfte Bauarbeiter. Wo der Schuh drückt, liegt nun offen auf dem Tisch:

- Am stärksten ist der Wunsch nach einer klaren und fairen Schlechtwetterregelung. In 13 von 14 Regionen rangierte dieser Punkt unter den Top 3 der Prioritätenliste.
- Am zweitwichtigsten ist den Bauarbeitern, dass ihre Arbeitszeit 8 Stunden nicht übersteigt.
- Und an bemerkenswerter dritter Stelle steht ein besserer Kündigungsschutz für ältere Kolleginnen und Kollegen.

Weitere wichtige Anliegen betrafen Reisezeit, Ferien und Pausen. Daraus hatten die regionalen Bauarbeiter-Delegierten, die sogenannten Baupräsidenten, schon im Oktober gemeinsam einen Forderungskatalog formuliert. Diesen präsentierten sie nun ihren Kollegen, die ihn Punkt für Punkt diskutierten und schliesslich allem ihren Segen gaben. Aber nicht, ohne ihn zuvor noch um einige Forderungen erweitert zu haben (siehe Kasten rechts).

MIT SYNA VEREINT

Die Baubúezer wissen, was sie wollen. Auch die Einigkeit der beiden Baugewerkschaften Syna und Unia scheint stabiler denn je. Dazu der Genfer Baupräsident João de Carvalho Figueiredo: «Natürlich werden die Arbeitgeber wieder versuchen, uns zu spalten. Doch das werden wir nicht zulassen, wir sind ja nicht blöd!» Das bekräftigte niemand Geringeres als Guido Schluep, der Bauverantwortliche der Syna. Mit ihm war erstmals überhaupt ein Syna-Zentralsekretär zu einem Unia-Baukongress eingeladen

Das fordern die Bauarbeiter:

Klare Schlechtwetterregeln

- Klare Regeln für die Einstellung der Arbeit.
- Volle Lohnfortzahlung dank Versicherung und Überstunden.
- Wenn die Arbeit eingestellt wird, müssen auch die Baetermine verschoben werden.
- Geheizte Pausenräume im Winter, gekühlte bei Hitze.

Arbeitszeitreduktion

- Verkürzung der Arbeitstage auf maximal 7,5 Stunden im Winter und 8,5 Stunden im Sommer.
- Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 40,5 auf 40 Stunden.
- Fixer Arbeitszeitkalender.
- Schutz für Ältere: längere Kündigungsfristen ab 50 und 55.
- Entschädigung bei Entlassung.

Bezahlte Reisezeit

- Komplette bezahlte Reisezeit statt 30 Minuten Gratisfahrt pro Tag.
- Ab 10-Stunden-Tag (Reise- und Arbeitszeit inklusive Überstunden): 25 Prozent Lohnzuschlag.

Mehr Ferien

- 5 Tage mehr für alle, gestaffelte Einführung bis 2025.
- Bezahlte Pausen: eine zusätzliche bezahlte 15-Minuten-Pause pro Halbtage.

worden. In seiner Grussbotschaft geistelte Schluep die Führung des Baumeisterverbands scharf. Geradezu «dilettantisch» habe diese jeden Bezug zu den Arbeitern verloren – und damit die Fähigkeit, sie zu achten. Und dann donnerte der gelernte Maurer Schluep: «Bald ist es wieder an der Zeit, dass wir, die beiden grössten Gewerkschaften, zusammen marschieren.» Denn eine Sache müsse man den Baumeistern nun glasklar machen: «Dass es nicht mehr heisst «wer zahlt, befiehlt», sondern «wer baut, bestimmt!»

Länger shoppen: Genf sagt Nein

GENF/ÉCHALLENS VD. Genf will keine zusätzlichen Sonntagsverkäufe und auch keine längeren Ladenöffnungszeiten. Die Stimmberechtigten lehnten am 28. November eine entsprechende Gesetzesrevision mit 53,8 Prozent ab. Das Gesetz hätte es erlaubt, an drei Sonntagen im Jahr sowie am 31. Dezember die Läden offen zu halten. Zudem wäre der Ladenschluss an Samstagen von 18 auf 19 Uhr hinausgeschoben worden. Die Unia hatte zusammen mit der Linken das Referendum ergriffen. Auch die Gemeinde Échallens VD lehnt verlängerte Ladenöffnungszeiten ab.

Mindestlohn: Beinahe-Erfolg

KLOTEN ZH. Fast hätte die Unia im Flughafenort Kloten einen lokalen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde durchgebracht. Die Stimmberechtigten lehnten am 28. November den gesetzlichen Mindestlohn nur mit einer knappen Mehrheit von 269 Stimmen oder 52,3 Prozent Nein ab. Die Unia hatte die Initiative lanciert, vor allem mit Blick auf die nach wie vor tiefen Stundenlöhne, die auf dem Flughafen in verschiedenen Bereichen wie Gastronomie und Reinigung bezahlt werden. Zwei weitere Mindestlohninitiativen in Winterthur und in der Stadt Zürich sind noch hängig.

Europaweite Amazon-Proteste

LONDON/PARIS/BERLIN. Unter dem Titel «Make Amazon Pay» protestierten Gewerkschafter und Umweltaktivistinnen am Schnäppchentag Black Friday europaweit gemeinsam gegen den Online-Riesen Amazon und seine Steuervermeidungs- und Tieflohnpolitik. Im deutschen Bad Hersfeld blockierten Mitglieder der Umweltorganisation Extinction Rebellion die Zufahrts-



«AMAZON SOLL ZAHLEN!» Blockade in Tilbury (UK). FOTO: KEYSTONE

wege zum Verteilzentrum. Polizei und Feuerwehr rückten zur Räumung an. Dasselbe im ostenglischen Tilbury, wo ein Amazon-Depot blockiert blieb. In Frankreich hatte die Gewerkschaft CGT zu Protesten gegen den US-Konzern aufgerufen. Der Black Friday sei ein Symbol für die Wegwerf- und Konsumkultur, die durch Plattform-Konzerne wie Amazon noch angeheizt werde.

DPD: Dumping sofort beenden!

NYON VD. Der Lieferdienst DPD muss unverzüglich sein Dumpingsystem mit überlangen Arbeitstagen und unbezahlten Überstunden beenden und die Arbeitnehmerrechte achten. Dies forderten Gewerkschaften aus zahlreichen Ländern am gemeinsamen Aktionstag am 1. Dezember. Dieser ging unter dem Dach des Gewerkschaftsbunds Uni Global Union in Nyon VD über die Bühne. Die Unia hatte als erste Gewerkschaft den Kampf gegen die skandalösen Arbeitsbedingungen bei DPD aufgenommen und publik gemacht.

Deine Finanzen immer im Griff.

Mit Zak hast du stets die Übersicht über deine Finanzen und weisst immer, wie viel dir wofür noch bleibt. Unkompliziert und gratis. Zak. Die Bank auf deinem Smartphone. Mehr dazu unter cler.ch/zak



  Jetzt downloaden.

* Spezialaktion gültig bis 31. Dezember 2021. Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. cler.ch/unia

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Unia-Spezial:
Zak-Konto
eröffnen und
50 CHF Startgut-
haben* sichern!
Code:
UNIA50



Streiks, die waren. Streiks, die sind. Streiks, die kommen. work war, ist und bleibt dabei.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



Hier debattiert die Schweizer Linke seit 1981

40 Jahre – und noch immer im Widerspruch

Die linke Theoriezeitschrift der Schweiz, der «Widerspruch», feiert Geburtstag. Was hat sie am Leben erhalten?

RALPH HUG

Als die linke Theorie-Debattier-Zeitschrift auf die Welt kam, brannte Zürich: Die 1980er Jugendbewegung war gerade in voller Fahrt. Der Impuls zum neuen Heft kam aber nicht von den aufbegehrenden «Kulturleichen», die vor dem Opernhaus dem Zürcher Bürgertum das Fürchten lehrten. Er kam von regsamen 68ern wie Franz Cahannes, Stefan Howald oder Urs Hänsenberger. Frauen stiessen erst später zur Redaktion.

Das erste Heft des «Widerspruchs» widmete sich der «Krise der Parteien». Faktisch war die Partei der Arbeit (PdA) im Fokus. Im Herbst 1980 waren sechs Mitglieder aus der PdA Waadt ausgetreten, weil sie ihrem Kurs nicht mehr folgen konnten. Der «Widerspruch» dokumentierte diese Vorgänge mit ei-

ner gleichsam programmatischen Einleitung: «Die von den ausgetretenen Genossen aus der Waadt gestellten Fragen werfen die zentralen Probleme linker Politik auf: Verhältnis zu den Ländern des sogenannten «real existierenden Sozialismus», die Rolle des Staates und die Strategie der Linken, der Arbeiterbewegung in diesem Staat und die Gefahren von Institutionalisierung und Bürokratisierung.»

Der «Widerspruch» war deshalb auch ein Aufbruch: Die Gründer wollten Neues, nämlich eine zeitgemässe Verbindung von marxistischer Analyse und sozialistischer Politik. Auch lockte die Lust an einer offenen Theorie-debatte. So war die Vielfalt linker Ansätze von Anfang an in der DNA der Zeitschrift eingeschrieben.

Wer über den zeitgenössischen Diskurs orientiert sein will, liest den «Widerspruch».

DOZIERFREUDE

«Widerspruch» Nr. 1 hatte eine Auflage von 600 Exemplaren. Zehn Jahre später waren es schon 2200 Exemplare. Und das Erstaunlichste: Heute sind es immer noch rund 2000. Das ist viel für eine Deutschschweizer Theoriezeitschrift mit einem beschränkten Kreis von Interessierten. Das Erfolgsrezept: Der «Widerspruch» stand vielen Engagierten für Beiträge offen. So wurde er zu einem festen Begleiter der Schweizer Linken. Hinzu kommt die Sensibilität der Redaktion für aktuelle Themen, die oft aus den sozialen Bewegungen stammen – von Autonomie über den Finanzplatz

Schweiz und Europa bis zu Friedenspolitik und Menschenrechten.

Allerdings macht der freud- und nahezu bilderlose Auftritt den Zugang zur Zeitschrift auch schwer. Und die Dozierfreude so manch eines Autors, einer Autorin, gepaart mit einem akademischen Schreibstil, bietet zusätzliche Hürden. Was aber ist mit der bewegtbildverwöhnten Online-Jugend? Sind sie und der «Widerspruch» vielleicht ein Widerspruch? Auch darüber hat ein Heft schon nachgedacht, nämlich Nummer 76 mit dem schönen Titel «Jugend – aufbrechen, scheitern, weitergehen». In dieser Ausgabe durften auch jüngere Semester das Wort führen.

HERZBLUT UND GRATISARBEIT

77 Nummern erschienen bisher, es reichte sogar zu zwei Sonderbänden mit den Themen Friedensabkommen und Schuldenkrieg. Im Archiv der Zeitschrift an der Zürcher Quellenstrasse liegen 72 Schachteln mit Ausschnitten, Broschüren und Notizen: das Resultat des unermüdlichen Eifers des langjährigen Redaktors Pierre Franzen. Er hielt den Laden allen Widrigkeiten zum Trotz am Laufen. Aber nicht nur er, sondern auch all jene Autorinnen und Autoren, die Artikel verfassten und ohne Honorar ihre Solidarität mit der linken Sache bekundeten. Unter ihnen Prominente wie Arnold Künzli, Paul Parin, Mascha Madörin oder auch work-Kolumnist Jean Ziegler. Vielen linken Theorieorganen ging mit der Zeit der Schnauf aus, dem «Widerspruch» jedoch nicht. Wer über den zeitgenössischen Diskurs orientiert sein will, kommt um ihn nicht herum.

Der neue «Widerspruch»

«Geld. Macht. Politik»: So lautet das Thema des neusten «Widerspruchs». Das Heft befasst sich schwerpunktmässig mit einer vielversprechenden neuen Wirtschaftstheorie, die den Neoliberalismus ablösen könnte («Modern Monetary Theory»). Daneben gibt's aktuelle Beiträge zum Klimawandel und zur Klassengesellschaft sowie wie stets Rezensionen neuer Bücher: widerspruch.ch.

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



KEINE ANGST VOR DEM SCHRECKGESPENST ROBOTER

Automatisierung macht Angst. Roboter und Software, die selbständig Daten auswerten, würden Menschen überflüssig machen und zu Massenarbeitslosigkeit führen, lautet ein landläufiges Urteil. Klar, man kann sich eine Science-Fiction-Welt ausmalen, in der künstliche Intelligenz alles menschliche Denken und Schaffen überflüssig macht. Da wir schlicht nicht wissen, was in ferner Zukunft einmal sein wird, lassen sich solche Szenarien nicht ausschliessen. Allerdings spricht einiges dagegen, dass wir in absehbarer Zukunft damit konfrontiert sind. Der technologische Fortschritt der letzten Jahrzehnte war zwar eindrucksvoll. Viele menschliche Tätigkeiten bleiben aber schwierig bis unmöglich zu automatisieren. Das gilt selbst für scheinbar einfache Unterfangen wie das Wäschefalten.

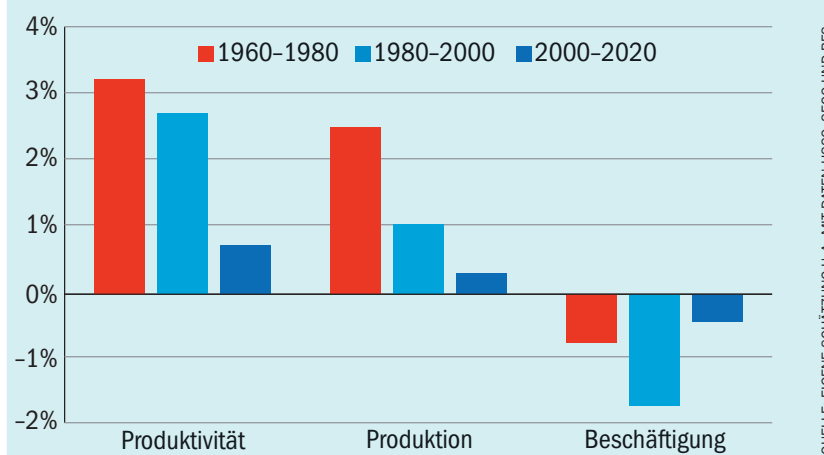
RÜCKLÄUFIGES WACHSTUM. Trotz vielfachem Einsatz von Robotern und maschinellen Lernen erleben wir derzeit keine beschleunigte Automa-

tisierung. Wird im grossen Stil automatisiert, bedeutet dies, dass die verbleibenden Beschäftigten mehr produzieren. Was wiederum einen schnellen Anstieg der Produktivität zur Folge hat. In der Realität ist das Gegenteil der Fall. Die Geschwindigkeit, mit der die Produktivität wächst, sinkt seit Jahrzehnten.

KEINE MASSENARBEITSLOSIGKEIT. In der Schweizer Industrie nahm die Produktivität in den 1960er und 1970er Jahren jährlich um 3 Prozent zu (siehe Grafik). In den letzten 20 Jahren war es weniger als 1 Prozent pro Jahr. Verantwortlich dafür ist die Nachfrage nach Industriegütern. Sie ist zu gering, als dass es sich für Firmen lohnen würde, ihre Produktion stärker auszuweiten. Eine weitreichende Automatisierung – wenn sie denn überhaupt möglich ist – ist für Firmen oft nicht profitabel. Trotz Verlangsamung: Die Produktivität stieg in den vergangenen 60 Jahren fast ununterbrochen. Und weil sie es stärker tut als die Produktion, baut

Produktivitätswachstum nimmt ab

Durchschnittliches jährliches Wachstum der Produktivität (Wertschöpfung pro Vollzeitstelle), Produktion (preisbereinigte Wertschöpfung) und Beschäftigung (Vollzeitstellen) in der Schweizer Industrie (ohne Chemie und Pharma) über jeweils 20 Jahre.



die Industrie seit Mitte der 1970er Jahre Arbeitsplätze ab. Zu Massenarbeitslosigkeit ist es dennoch nicht gekommen. In anderen Branchen entstanden nämlich mehr neue Stellen, als in der Industrie verloren gingen. Verantwortlich dafür ist auch die

höhere Produktivität der Industrie, die über Lohnerhöhungen bei den Beschäftigten ankam und Nachfrage für neue Dienstleistungen schuf.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Hörspiel «Sidi 1910»

Winterthurer Fabriklerin

Im März vor 110 Jahren feierte die internationale Arbeiterinnenbewegung zum ersten Mal den Frauentag. Auch in Winterthur organisierten Pionierinnen einen Anlass. Wie es dazu kam, ist weitgehend unerforscht. Doch Florian Sieber, Sendungsmacher beim lokalen



Radio Stadtfilter, hat die Archive durchforstet – nicht für eine trockene Studie, sondern für ein lebhaftes Hörspiel auf historisch solidem Untergrund. Darin lernen wir die junge Bauerntochter Marta kennen. Sie arbeitet 1910 als «Fabriklerin» in der «Sidi», der Mechanischen Seidenweberei (1872 bis 1962). Dort gerät sie bald ins Visier des lüsternen Vorarbeiters Büttler. Doch Marta hat auch Freundinnen gefunden. Die italienische Gewerkschafterin Antonella etwa oder Hanni, eine mutige Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht.

Sidi 1910 – ein lokalhistorisches Hörspiel von Florian Sieber und Laura Serra, 7 Episoden à 7 Minuten. Online auf rebrand.ly/sidi1910 oder auf Spotify.

Menschenhandel

Männer als Opfer

Auch in der Schweiz ist Menschenhandel eine Realität. Und zwar nicht nur im Rotlichtmilieu. Jeder dritte Fall geschieht ausserhalb der Prostitution – etwa in der Gastronomie, der Landwirtschaft oder auf dem Bau. Unter den Opfern sind mehr Männer als gemeinhin angenommen. Diesem Phänomen geht die Journalistin Priscilla Imboden in einem spannenden Podcast auf die Spur. Was macht es für Männer so schwierig, sich einzugesuchen, dass sie Opfer von Ausbeutung geworden sind? Wie sieht die Ausbeutungssituation entlang der Migrationsrouten aus? Und warum werden Männer von der Opferhilfe manchmal vernachlässigt?

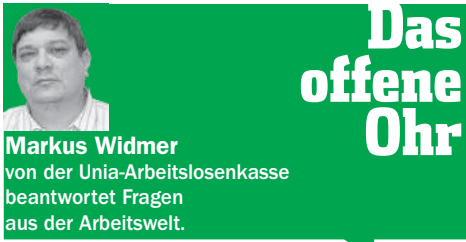
Männlich und ausgebeutet, eine Podcast-Reihe von Priscilla Imboden, 5 Episoden à 15 Minuten. Online auf rebrand.ly/menschenhandel.

Fotorepo aus Guatemala

Protest gegen Zuger Firma

Der Zuger Bergbaukonzern Solway betreibt in Guatemala die grösste Nickelmine Mittelamerikas. Anwohner aus der indigenen Maya-Bevölkerung protestieren schon seit Jahren gegen die Mine. Sie verschmutze die Gewässer und zerstöre die traditionelle Fischerei. 2019 entschied das Verfassungsgericht, der Nickelabbau müsse vorübergehend eingestellt werden. Daran hält sich Solway aber nicht. Am 4. Oktober hatten die Fischer genug: Sie errichteten Strassen-sperren gegen die Minenbetreiber. Darauf erstickte die rechte Landesregierung die Proteste mit militärischer Gewalt. Nun hat das lokale Medienkollektiv «Ocote» eine eindrucksvolle Fotoreportage über den Belagerungszustand veröffentlicht.

rebrand.ly/fotoreportage



Das offene Ohr

Markus Widmer von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosen-kasse I: Sanktionen wegen Fahrausweis-entzugs?

Ich arbeite als Chauffeur. Ich war an der Geburtstagsfeier meines besten Freundes, habe dort zu viel getrunken und bin dann trotzdem mit dem Auto nach Hause gefahren. Dabei bin ich in eine Polizeikontrolle geraten. Mir wurde nun der Führerausweis entzogen. Dies hat mein Vorgesetzter erfahren und hat mir die Stelle gekündigt. Die Arbeitslosenkasse hat nun 35 Einstelltage ausgesprochen. Ist das korrekt?

MARKUS WIDMER: Ja, das ist korrekt, weil die Arbeitslosigkeit als selbstverschuldet einzuschätzen ist. Ein Selbstverschulden liegt bei Verletzung von arbeitsrechtlichen Pflichten vor. Aber



FATAL FÜR CHAUFFEUR: Permis-Entzug wegen Trunkenheit am Steuer. FOTO: KEYSTONE

auch dann, wenn die versicherte Person durch ihr sonstiges Verhalten inner- und ausserhalb des Betriebes dem Arbeitgeber berechtigten Anlass zur Kündigung gegeben hat. Das heisst: Eine versicherte Person nimmt in Kauf, dass ihr Verhalten eine Kündigung zur Folge haben könnte. Da Sie als Chauffeur zur Berufsausübung auf Ihren Führerausweis angewiesen sind, haben Sie in Kauf genommen, bei einem Entzug des Führerausweises Ihren Job zu verlieren. Bei einem Selbstverschulden muss die Arbeitslosenkasse zudem zwischen einem leichten, mittelschweren und einem schweren Verschulden unterscheiden. Die Höhe einer Einstellung bemisst sich nach dem Grad des Verschuldens. Ein schweres Verschulden wird mit 31 bis 60 Einstelltagen bestraft. Sie erhalten somit zu Recht 35 Einstelltage.

Arbeitslosen-kasse II: Führt ein Lehrabbruch zu Einstelltagen?

Ich habe einen Lehrvertrag als Maurer unterschrieben. Nach einem halben Jahr musste ich feststellen, dass ich weder für diesen Beruf geeignet noch der Arbeit körperlich gewachsen bin. Dies wurde mir auch von meinem Lehrmeister bestätigt. Es finden nun Gespräche mit meinen Eltern und dem kantonalen Berufsbildungsausschuss statt, damit der Lehrvertrag aufgelöst werden kann. Der Lehrmeister hat mir nun vorgeschlagen, dass ich selber kündigen solle, damit er dies im Arbeitszeugnis so schreiben kann. Ich habe nun Bedenken, dass die Arbeitslosenversicherung Einstelltage verhängt. Besteht dieses Risiko?

MARKUS WIDMER: Nein. Wenn die auszubildende Person nicht über die unentbehrlichen körperlichen und geistigen Voraussetzungen für den Lehrberuf verfügt, gibt es bei der Auflösung von Lehrverträgen keine Einstelltage. Dies trifft bei Ihnen zu. Sie müssen somit nicht mit Einstelltagen rechnen. Wir empfehlen Ihnen jedoch, der Anmeldung für die Arbeitslosenversicherung eine Bestätigung des Lehrmeisters beizulegen, aus der hervorgeht, dass Sie sich für diesen Beruf nicht eignen.

Sind Sie gestresst? Was Sie tun können, um Stress im Job zu mindern und ein Burnout zu vermeiden

Wenn der Arbeitsdruck auf der Seele lastet

Fast ein Drittel der Erwerbstätigen fühlen sich durch die Arbeit erschöpft, und Burnout gilt mittlerweile als die häufigste arbeitsbedingte Erkrankung. Zwar lässt sich Stress nicht ganz vermeiden. Gegen ein Übermass davon sollten Sie sich aber wehren.

MARTIN JAKOB

Fünf Kundinnen stehen im Laden, zeigen Ungeduld, und Sie sind allein. Und dann klingelt noch das Telefon! Sieht so Ihr Alltag aus? Oder so: Das Erdgeschoss muss bis Ende Woche gemauert sein, das gibt viele Überstunden – und dann müssten Sie noch zur anderen Baustelle. Puh, die muss warten, aber das wird Reklamationen geben! Oder so: «Diesen Monat erwarte ich von Ihnen eine Verdoppelung des Umsatzes», sagt die Chefin. «Wie soll ich das schaffen?» fragen Sie. Die Antwort: «Lassen Sie sich etwas einfallen!»

So geht Stress. Und Stress kennen wir alle. Immer besser. Denn immer häufiger tritt er auf. Wichtigste Gründe: Zeit- und Termindruck, Verdichtung der Arbeit und Erhöhung der Arbeitslast durch knappes Personal, fehlende oder nicht ausreichende Erholungsmöglichkeiten, mangelnde Abgrenzung zwischen Arbeits- und Freizeit. Christine Michel, Fachsekretärin Gesundheitsschutz bei der Unia, sagt: «Stress kommt in allen Berufen vor, drückt sich aber verschieden aus. Auf dem Bau sind es typischerweise Zeitdruck und überlange Arbeitszeiten, in Dienstleistungsberufen, etwa im Verkauf, die unregelmässigen Arbeitszeiten und kurzfristige Änderungen der Einsatzpläne. Belastend ist oft auch der Umgang mit schwierigen Kundinnen und Kunden oder der Druck, permanent eine aufgesetzte Fröhlichkeit zur Schau zu tragen. Belastend wirkt es auch, wenn Fachleute ihre professionellen Werte wegen Personalmangels nicht einhalten können, aktuell zum Beispiel in der Pflege.»

Dabei wäre Stress an sich gar kein Problem. Solange er nur punktuell auftritt und wir zwischen Stressmomenten ausreichende Erholungsphasen haben, kommen wir mit ihm zurecht. Er bezeichnet einen Zustand, in dem

wir auf äusseren Druck mit der Bereitstellung von einer Extraportion körperlicher oder geistiger Energie reagieren: Wir beeilen uns, wir konzentrieren uns, wir

Gestiegener Zeit- und Leistungsdruck sorgt für immer mehr Stress am Arbeitsplatz.

strengen uns an, um die Situation zu meistern. Langzeit- oder Dauerstress jedoch führt zu Erschöpfung. Und die kommt beunruhigend häufig vor: 28,7 Prozent der Erwerbstätigen fühlen sich gemäss dem Schweizer Job-Stress-Index 2020 emotional erschöpft – der Wert steigt seit Jahren kontinuierlich an (2014: 24,8 Prozent).

ZWEI WAAGSCHALEN

Wenn Stress zu Erschöpfung führt, ist unsere innere Waage aus dem Gleichgewicht geraten: Unsere positiven Kräfte – die Fachwelt spricht von «Ressourcen» – reichen nicht mehr aus, den Belastungen am Arbeitsplatz Paroli zu bieten. Höchste Zeit also, die Waage wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dafür ist es wichtig, sich klar zu werden, wie der übermässige Druck überhaupt entstanden ist. Liegt es an der schieren Überlastung durch die Fülle von Aufgaben oder durch die ständigen Überzeiten? Ist die Arbeit miserabel organisiert? Fühlen Sie sich zu wenig geschätzt für das, was Sie leisten? Werden Sie gar schikaniert? Oder setzen Sie sich selbst so stark unter Druck, dass Sie an den hohen Erwartungen an sich selbst scheitern?

Immer sind es zwei Ebenen, auf denen Sie die Problemlösung angehen können. Die erste, meistens entscheidende Ebene sind Ihre Arbeitsbedingungen. Ihre Firma steht in der Pflicht, Ihre Gesundheit zu schützen – nicht nur



WORKTIPP

DER TEST, DIE LEKTÜRE

Wie steht es um Ihr persönliches Burnout-Risiko? Ein Team von Schweizer Wissenschaftlern hat dazu einen Test entwickelt. Als Testperson bleiben Sie anonym: burnoutprotector.com.

Und noch ein Lesetipp: Die SGB-Broschüre «Wenn Arbeit krank macht – was tun?» bietet einen Leitfaden, wie Sie sich als einzelne Betroffene oder Gruppe gegen gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen wehren können. Zu bestellen über info@sgb.ch. Oder als Download zu beziehen: rebrand.ly/sgbbrosch.

Ihre körperliche, sondern auch Ihre psychische. Ihre Vorgesetzten müssen also Vorkehrungen treffen, dass Ihre Stressmomente bewältigbar bleiben. Machen Sie deshalb die Firma auf Ihre Situation aufmerksam, und melden Sie sich bei externen Stellen, wenn Sie sich nicht verstanden fühlen und keine

ICH MAG NICHT MEHR: Anhaltende Gefühle der Erschöpfung sind ein deutliches Anzeichen, dass Zahl und Dauer der Stressmomente Ihre Kräfte übersteigen. FOTO: ADOBE STOCK

Abhilfe angeboten wird. Als Mitglied können Sie sich an die Unia wenden.

Die andere Ebene ist Ihre eigene Einstellung. Sind Sie zu perfektionistisch? Jagen Sie zu ver-

Ihre Firma steht in der Pflicht, Ihre körperliche und psychische Gesundheit zu schützen.

bissen vielen beruflichen Zielen nach? Gelingt es Ihnen nicht, in der Freizeit abzuschalten? Vernachlässigen Sie ausgleichende Aktivitäten wie Sport, Hobby, Pflege des Freundeskreises? Mit ei-

genem Verhalten können Sie Ihre seelische Gesundheit beeinflussen – die Organisation «Pro mente sana – psychische Gesundheit stärken» stellt dazu einen guten Leitfaden bereit (promentesana.ch).

BURNOUT ALS BITTERES FINALE Wer Dauerbelastungen durch Stress überspielt, verdrängt, der eigenen Unfähigkeit zuschreibt und deshalb schweigt, lebt gefährlich. Denn auf die Dauer wird aus der Erschöpfung eine Depression, aus der Geringerschätzung der eigenen Person wird eine negative Sicht auf alles, und die Leistungsfähigkeit nimmt spürbar ab. Häufige körperliche Anzeichen eines Burnouts

sind Schlaf- und Verdauungsstörungen, Verspannungen, Kopf- und Rückenschmerzen. Spätestens bei diesen Anzeichen gilt es sich einzugestehen, krank zu sein. Denn ohne Hilfe bleibt man im Teufelskreis gefangen.

Schildern Sie bei der ärztlichen Abklärung auf keinen Fall nur die körperlichen Symptome, denn mit Schmerztabletten allein ist Ihnen nicht geholfen. Meist braucht es auch psychotherapeutische Hilfe, um die Psyche wieder ins Lot zu bringen – und Veränderungen an Ihrem Arbeitsplatz, die dafür sorgen, dass Sie nach der Rückkehr nicht im gleichen Fahrwasser landen!

BURNOUT

DIE ANERKENNUNG FEHLT

Burnout ist zwar ein unleugbares Phänomen der heutigen Berufs- welt, die Zahl der Betroffenen steigt, und zur ärztlichen sowie psychologischen Behandlung Erkrankter schiessen spezialisierte Praxen und Kliniken förmlich aus dem Boden. Trotzdem gibt es kein verlässliches statistisches Material. Zum einen, weil Burnout im international gültigen Verzeichnis der Krankheiten gar nicht existiert. Zum andern, weil die Forschung dazu bisher wenig und nicht systematisch betrieben wurde. Das erschwert auch die Anerkennung des Burnouts als Berufskrankheit. Genau dafür setzen sich die Gewerkschaften aber ein.

OPPOSITION. Christine Michel, Fachsekretärin Gesundheitsschutz der Unia, sagt: «Burnout gehört in den Katalog der Berufskrankheiten.» Und das aus zwei Gründen: Zum einen, weil bei anerkannten Berufskrankheiten die Unfallversicherung zuständig ist und den besseren Versicherungsschutz bietet als die Krankenversicherung. Zum andern, um jenen Wirtschaftskreisen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die Burnout als «persönliches und privates Problem» bezeichnen und den Zusammenhang mit der Arbeitssituation kleinreden. So behauptet die Thurgauer SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr, Burnout habe «seinen Ursprung in den allermeisten Fällen im privaten Rahmen». Der Arbeitsmediziner Dieter Kissling hält im «Beobachter»-Interview dagegen: «Das ist Unsinn. Ein Burnout ist immer auch ein Versagen des Unternehmens.» Doch Gutjahr Gift tat zumindest im Nationalrat seine Wirkung: Die grosse Kammer hat im März 2021 das Postulat des Walliser SP-Nationalrats Mathias Reynard, Burnout sei als Berufskrankheit anzuerkennen, mit 96 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



VERBLASSEND ERINNERN: An Fotodias nagt der Zahn der Zeit. Einmal digitalisiert, lassen sich die Bilder qualitativ beständiger erhalten. FOTO: ISTOCK

Dias digitalisieren lassen: Grosse Preisunterschiede

In vielen Haushalten schlummern Dia-Sammlungen. Doch selbst bei bester Lagerung in dunklen, kühlen Räumen verblassen die Dias und bekommen Farbstiche. Deshalb sollte man die Dias rechtzeitig digitalisieren – also scannen und als Bilddatei auf dem Computer speichern. Die Firmen offerieren unterschiedliche Scan-Varianten, getestet wurde jeweils die günstigste. Eine Jury aus fünf Fotografen beurteilte die Resultate.

DAS ERGEBNIS: Keiner der Firmen gelangen alle Digitalisierungen optimal. Am wenigsten Ausrutscher gab's bei Fotoscan 24, welche die Gesamtnote 4,6 erreichte. Danach folgen Archivscan, Birchermedia und Filmfix (alle mit der Note 4,4), dann Fuji und Photobasilisk (Note 4,2), Fotoexpress (4,1) und Fotoblitz (3,2).

Fotoscan 24 und Archivscan bearbeiten und korrigieren bereits im Grundangebot Farbe oder Kontrast der gescannten Dias. Praktisch: Beide Firmen senden mit den bearbeiteten Fotos auch die unbearbeiteten Varianten mit. Photoshop-bewanderte Kundinnen und Kunden können so Fotos noch selbst bearbeiten.

Die Preise für die Digitalisierung unterscheiden sich deutlich. Am meisten kostet es bei Fotoexpress mit 1 Franken 80 pro Dia. Für ein ganzes Dia-Magazin mit 50 Dias zahlt man also 90 Franken. Archivscan ist mit 35 Rappen pro Dia am günstigsten. Ein ganzes Magazin kostet 17 Franken 50 – vier Mal weniger als bei Fotoexpress. MARC MAIR-NOACK

Bei zwei Angeboten sind Farb- und Kontrastkorrektur inbegriffen.

Einkaufen in die Pensionskasse: Mehr Rente wäre ja gut und recht, aber ...

«Ihre maximale Einkaufssumme beträgt...» Diese Information finden Sie auf Ihrem Vorsorgeausweis oder können Sie jederzeit bei der Pensionskasse anfordern. Aber was ist ein Einkauf, und wäre er eine gute Idee?

MARTIN JAKOB

Sobald Sie über 25jährig sind und mehr als 21 510 Franken jährlich bei der gleichen Firma verdienen, sind Sie zum Vorsorgesparen über die zweite Säule verpflichtet. Bis ins Rentenalter fliesst ein Teil Ihres Einkommens in die Pensionskasse. Ihre Einzahlungen abzüglich Versicherungsprämien und Verwaltungskosten sammeln sich auf Ihrem Vorsorgekonto als Spar-

guthaben, das in eine Rente umgerechnet wird. Die erhalten Sie dann zusätzlich zur AHV-Rente ausbezahlt.

Nehmen wir an, Ihr Altersguthaben zum Zeitpunkt, da Sie in Rente gehen, werde von der Pensionskasse aktuell auf 250 000 Franken hochgerechnet. Diese Summe würden Sie erreichen, wenn Sie in den verbleibenden Arbeitsjahren zum gleichen Lohn wie bisher in der gleichen Pensionskasse versichert bleiben. Daraus ergibt sich, falls der gesamte Betrag innerhalb des BVG-Obligatoriums mit einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent liegt, eine Rente von 1415 Franken monatlich. In Ihrem Vorsorgeausweis steht aber, Sie könnten sich bis zu einer Summe von 100 000 Franken einkaufen. Mit einer

einmaligen Zahlung (so viel Geld muss man erst mal haben) oder mit jährlichen Einkäufen. Das gäbe pro Monat rund 500 Franken mehr Rente.

NACHTEILE. Warum macht die Pensionskasse dieses Angebot? Mehrere Gründe sind möglich. Sie haben seit Ihrem 25. Alters-

Für Einkäufe gilt meist ein tieferer Umwandlungssatz.

jahr bis heute nicht durchgängig oder aber selbständig gearbeitet; es fehlen Ihnen also Beitragsjahre. Oder Ihr versicherter Lohn ist gestiegen. Oder Sie haben nach einer Scheidung die Hälfte des PK-Guthabens an den geschiedenen

Partner abtreten müssen. So oder so erreichen Sie mit dem Einkauf, dass Sie im Alter ein Vorsorgeguthaben erreichen, als hätten Sie während all Ihrer Berufsjahre ab 25 zum letzten versicherten Lohn gearbeitet.

Höhere Rente, das tönt so weit gut. Kommt hinzu, dass Sie Einkäufe in die Pensionskasse in der Steuererklärung abziehen können. Und dass nicht nur Sie selbst von der höheren Rente profitieren, sondern mit einer höheren Hinterbliebenenrente auch Ihr überlebender Ehepartner. Aber die Sache hat auch Nachteile:

- Ihre Invalidenrente erhöht sich durch Einkäufe nicht.
- Ihr Einkaufskapital bleibt bis ins Rentenalter gebunden.
- In der Regel werden Einkäufe dem überobligatorischen Teil

der Pensionskasse zugeschlagen. Das heisst: tieferer Umwandlungssatz, tiefere Zinsen.

- Pensionskassen sind nicht verpflichtet, Renten an die Teuerung anzupassen.
- Die Zukunft des BVG ist ungewiss; sinkt der Umwandlungssatz vor der Pensionierung, sinkt auch die Rente.

WARTEN. Was bedeutet das für Ihren Einkaufsentscheid? Auch wenn Sie Einkäufe im Prinzip für eine gute Sache halten, warten Sie damit zu bis etwa fünf Berufsjahre vor Ihrer Pensionierung. Dann sind die Auswirkungen mit genügend Genauigkeit absehbar. Und lassen Sie sich die Erhöhung Ihrer Rente von der Pensionskasse präzise berechnen, bevor Sie eine Einzahlung machen!

DIE ALTERNATIVE

SPAREN MIT SÄULE 3

In vielen Haushalten ist Sparen nur auf kurzfristige Ziele hin möglich: auf Ferien, neue Möbel, ein neues Auto. Diesen Sparbatzen sollten Sie ungebunden anlegen, also auf einem Sparkonto, das Sie jederzeit leerräumen können. Wollen Sie aufs Alter sparen, ist das gebundene Sparen mit der Säule 3a eine Alternative zu Einkaufszahlungen in die Pensionskasse. Bis zum jährlichen Höchstbetrag von derzeit 6883 Franken pro berufstätige Person mit Pensionskasse sind Säule-3a-Sparbeiträge steuerlich abziehbar.

Eine Woche Ferien für Familien mit knappen Budgets 200 Stutz reichen

Die Reka-Ferienhilfe ermöglicht jedes Jahr rund 1000 Familien in engen finanziellen Verhältnissen eine Ferienwoche. Jetzt Antrag stellen für 2022!

Familien mit geringen Einkommen müssen oft ganz auf Auswärtsferien verzichten. Einen Ausweg bietet die Reka-Ferienhilfe. Für rund 1000 Familien offeriert sie eine Ferienwoche in einer Reka-Wohnung oder einer Jugendherberge in der Schweiz für 200 Franken – Anreisekosten bereits inbegriffen.

AUCH FÜR EINELTERNFAMILIEN. Anmelden können sich Zweio- oder Einelternfamilien mit mindestens einem Kind unter 16 Jahren, Wohnsitz in der Schweiz und Schweizer Pass

oder C-Ausweis. Das jährliche Einkommen darf bei der Zweio- oder Einelternfamilie maximal 60 000 Franken, bei der Einelternfamilie 50 000 Franken betragen, ab dem zweiten Kind erhöhen sich diese Summen um 5000 Franken pro Kind. Für alleinerziehende Mütter und Väter gibt

Für alleinerziehende Mütter und Väter gibt's Spezialwochen.

es zudem Spezialprogramme. Frühzeitige Anmeldung empfohlen! reka-ferienhilfe.ch.

REKA MIT UNIA-RABATT. Als Unia-Mitglied können Sie jedes Jahr Reka-Geld bis 500 Franken vergünstigt beziehen. Beachten Sie die Dezember-Post der Unia.

Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!



**Über 9000 Ferien- und
Freizeitanbieter werden
günstiger durch Reka-
Checks: ÖV, Reisebüros,
Hotels, Restaurants,
Kinos, Tankstellen,
Freizeitparks u. v. m.
www.reka.ch**

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.19
Das Lösungswort lautete: STUNDENLOHN



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Sonja Tretola, Langnau i.E. BE
Herzlichen Glückwunsch!

Pfad-finder (engl.)			Hülsen-frucht	gleich-mässig hoch, flach	grosses Meeres-tier		Ball-drehung beim Tennis	Unver-brauchtes	männl. Fürwort	nordafr. Gebirgs-zug	Abk.: Eidg. Perso-nalamt	Kralle	Schiffs-quer-wand	Flächen-mass	Doppel-vokal
Geheim-schrift-schlüssel					internat. Presse-agentur		Stadt am Vesuv					heilig in portug. Städte-namen			
Ausruf d. Überraschung			un-durch-lässig		Viva la ...!						Daten-träger	dt. Rapper mit Maske			
Jasskar-te (CH-Blatt)			10		Leucht-diode		Wohn-teil d. Ritter-burg		Früh-lings-blume	eh. schweiz. Skifahrer (Didier)					gro-teskes Getue
	7				bereit, fertig		neues Satire-magazin					balt. Osteuro-päerin		ab-lehnen: sich ...	
Fels-stück	sozial-demokr. Partei d. Schweiz	schweiz. Möbel-designer † 1991		geflü-geltes Pferd				6			Erd-erschüt-terung	Abk.: Obliga-tionen-recht	circa, un-gefähr		1
schweiz. Autorin (Isolde)						Stern im Schwan	schweiz. Autor † 1898 (C. F.)		Wieder-holungs-impfung						
			Werk-zeug-einsatz		altes Wasser-fahrzeug						5	Staats-ober-haupt	Schnell-zug		
Werbe-kurzfilm	Karten-spiel		Freizeit-ge-wässer						frz. Artikel		Turner-abtei-lung				
Karten-spiel zur Weis-sagung					seltenes einheim. Nagetier		echt, wirklich		flach positio-nieren			4	die Son-ne be-treffend		Autokz. Kt. Genf
			Soya-produkt		be-dauern						9	Apfel-saft	schweiz. Radio- u. Fernseh-ges.		
wbl. US-Filmstar †		Steuer-progr. f. Periphe-riegeräte				2		Basler Fuss-ballclub	Zeit-messer	grosse subtrop. Beeren-frucht					
Holz-blas-instru-ment					Jupiter-mond		an diesem Ort, dort	jp. Matratze				Abk.: Répu-blique française		ital. Tonbez. für das F	EG-Nach-folgerin
Strom-speicher (Kw.)		unkrie-gerisch, gut-mütig					3			Ver-geltung				8	
				d. Mund betref-fend				Vogel-nach-wuchs				Wenn ... will steht 2023 wieder alles still			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 10. Dezember 2021**

Herzlichen Dank für das starke JA zur Pflegeinitiative!

Damit haben wir die Grundsteine für gute Arbeitsbedingungen in der Pflege gesetzt. Nun geht es an die Umsetzung. Wir bleiben dran!



Arbeitest du in Pflege und Betreuung und willst du aktiv werden? Dann melde dich bei uns!



UNIA

Helin Genis (27) kämpft für jene, die ihre Stimme nicht selbst erheben können

«Ich kann Ungerechtigkeit minimieren»

Für Helin Genis ist klar: «Recht ist nicht Gerechtigkeit.» Trotzdem will sie Anwältin werden. Und macht jetzt ein Praktikum bei der Kesb.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS: MATTHIAS LUGGEN

Wir schreiben das Jahr 2030: Helin Genis steht vor Gericht. Nicht als Angeklagte, sondern als Strafverteidigerin. Mit Herzblut setzt sie sich für ihren Mandanten ein.

Rückblende, 25 Jahre früher: Kinder streiten auf dem Pausenplatz, Helin geht dazwischen, vermittelt und verteidigt.

Im Hier und Jetzt: Helin Genis ist 27 Jahre alt, hat eben ihr Jurastudium beendet und bildet sich zur Anwältin weiter. Lachend sagt sie: «Die Lehrerinnen mochten das nicht, dass ich für die anderen Kinder sprach. Sie sagten immer, sie müssten das selbst tun.» Aber Helin tat es trotzdem und will es auch weiterhin tun. Für all jene, die ihre Stimme nicht selbst erheben können. Zum Beispiel Sans-papiers: Seit bald 6 Jahren macht sie bei der Berner Beratungsstelle für Sans-papiers Rechtsberatungen. «Diese Menschen treten erst dann aus dem Schatten, wenn es um wirklich elementare Dinge geht: Geburten, Todesfälle oder schwere Krankheiten.»

Ausschlaggebend für ihr ehrenamtliches Engagement war der Dok-Film «Vol spécial» von Fernand Melgar, in dem es um die Zwangsausstaffung von Migrantinnen und Migranten geht. Genis sagt: «Dieser Film hat mich sehr berührt. Noch am gleichen Abend ging ich auf den Verein zu und bot meine Unterstützung an.» Für die Juristin sind diese Beratungen richtig und wichtig. Oft aber auch frustrierend, weil sie in so vielen Fällen nicht helfen kann. «Denn Recht ist eben nicht Gerechtigkeit!» Und trotzdem hat sie Jura studiert? «Ja, das fragen mich meine Freunde auch immer...» Aber genau deshalb sei sie Juristin geworden «Denn Gerechtigkeit kann ich nicht schaffen, aber ich kann Ungerechtigkeit minimieren.»

MENSCH IM ZENTRUM. Ob sie wirklich Strafverteidigerin wird, ist für Genis noch offen. «Auch Arbeitsrecht würde mich interessieren.» Hauptsache, der Mensch steht im Zentrum. «Beim Strafrecht interessiert mich vor allem der Hintergrund der Tat. Viel zu oft wird das soziale Umfeld zu wenig einbezogen.» Wichtig ist der Anwältin in spe auch der «Dreiklang» Opfer – Täter – Gesellschaft: «In der Rechtsprechung spielt die Erwartung der Gesellschaft häufig eine sehr grosse Rolle, die Opfer hingegen werden vergessen.» Oft wollen Opfer angehört und ernst genommen werden. Das stehe jedoch im jetzigen Strafsystem nicht im Vordergrund.

Der Grundgedanke unseres Strafrechts sei die Wiedereingliederung von Straftätern und -täterinnen in ein «normales» Leben. Eine schwere Haftstrafe sei deshalb häufig nicht sinnvoll, werde aber von der Gesellschaft erwartet. Deshalb seien Strafprozesse immer auch ein Austarieren: Wie hart muss eine Strafe sein, damit sie von der Gesellschaft akzeptiert wird, der Tat entspricht und auch gerecht für das Opfer ist?

KIND IM ZENTRUM. Lange kam Genis gar nicht auf die Idee, Anwältin zu werden. «Ich sah mich eigentlich immer als Lehrerin!» Aber dann sass sie in einer Jura-Vorlesung und wusste: «Ich bin am richtigen Ort.»

Bevor sie zur Anwaltsprüfung zugelassen wird, muss sie noch zwei «Lehrjahre» absolvieren. Zurzeit macht sie ein sechsmonatiges Praktikum bei einer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) im Kanton Bern. Für die Kesb schreibt Genis Entscheide, erfasst, wenn Beiständinnen oder Beistände wechseln, protokolliert Anhörungen, macht Rechtsabklärungen. Sie sagt: «Die Arbeit ist sehr spannend, weil jeder Fall komplett anders ist.» Manchmal auch sehr belastend. Auch hier musste sie lernen, sich abzugrenzen. Was Genis besonders an die Nieren geht: Wenn Kinder fremdplaziert werden müssen. «Das ist aus der Sicht der Eltern nicht immer gerecht. Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie schlimm das sein muss.» Aber die Fremdplazierung sei eine der letzten Möglich-



HELIN GENIS
SÄNGERIN
AUF REISEN

Helin Genis bezeichnet sich selbst als richtige Städterin. «Ich bin in Bern geboren und aufgewachsen und wohne noch immer und gerne hier.» Ebenfalls sehr gerne reist Genis. «Doch Reisen war ja jetzt mit Corona ziemlich schwierig!» Nicht viel besser erging es ihrem anderen Hobby, dem Chorsingen. Genis erzählt: «Ich sang in einem Pop-Chor, den es aber mittlerweile leider nicht mehr gibt.» Doch Musik ist und bleibt wichtig in ihrem Leben. Sie hat während zehn Jahren Klavierunterricht genommen und Gesangsstunden. Helin Genis hat schon während ihrer Schulzeit in Chören gesungen, auch Solos.

BOXEN. Auch Bewegung ist ihr sehr wichtig. «Ich habe schon alles ausprobiert, von Zumba über Yoga bis zum Boxen!» Vor Corona ging sie ins Fitnesscenter, war aber schon immer auch gerne draussen in der Natur unterwegs. Helin Genis liest sehr gerne und verbringt Zeit mit ihren Liebsten: «Kochen, Wein trinken, sein.» Sie ist Unia-Mitglied und verdient im Praktikum 3200 Franken brutto.

keiten. Es gehe immer um das Wohl des Kindes. Und bei ihrer Kesb werde das Menschenmögliche rausgeholt, um eine gute Lösung für alle Beteiligten zu finden: «Wir handeln so schnell wie möglich, aber halten auch keine Massnahmen länger als nötig aufrecht.»

Ab Januar wird Helin Genis bei der Staatsanwaltschaft arbeiten und danach in einer Kanzlei. Und wer weiss, vielleicht eines Tages als Anwältin für die Unia? «Ja, das könnte schon sein!», sagt sie. «Denn

schliesslich bin ich ein Unia-Kind!» Sie selbst ist zwar erst seit drei Jahren Mitglied, doch eigentlich schon ein Leben lang dabei. Schon als Baby ging sie mit ihrer Mutter, einer Spielgruppenleiterin, an die Demos. Diese ist seit 22 Jahren aktive Gewerkschafterin. Tochter Helin sagt: «Ich bin mega stolz auf sie, auf ihr Engagement bei der Unia!» Mama Genis war am ersten Frauenstreik 1991 dabei, beide gingen sie 2019 auf die Strasse – und hoffentlich dann auch 2023!



PARAGRAPHEN: Die Werkzeuge der Juristin Helin Genis.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch (Digitalredaktorin); Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Daniel Behruz, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.